

IW-Forschungsgruppe Konjunktur

Article

Inlandsnachfrage übernimmt die Konjunkturführung: IW-Konjunkturprognose Herbst 2010

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: IW-Forschungsgruppe Konjunktur (2010) : Inlandsnachfrage übernimmt die Konjunkturführung: IW-Konjunkturprognose Herbst 2010, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 37, Iss. 3, pp. 71-106, <https://doi.org/10.2373/1864-810X.10-03-04>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/157010>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Inlandsnachfrage übernimmt die Konjunkturführung – IW-Konjunkturprognose Herbst 2010

IW-Forschungsgruppe Konjunktur*, Oktober 2010

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahresdurchschnitt 2010 um gut 3 ¼ Prozent über dem Vorjahresniveau liegen. Das Wirtschaftsleben hierzulande hat mehr und mehr vom Krisen- in den Normalmodus gewechselt, ist dort aber noch nicht ganz angekommen. Mit dem Auslaufen der Normalisierungseffekte wird sich das konjunkturelle Tempo etwas abschwächen. Im Jahr 2011 wird das reale Bruttoinlandsprodukt um gut 2 Prozent wachsen. Weit mehr als die Hälfte des Wachstums resultiert in diesem und im kommenden Jahr aus der expandierenden Inlandsnachfrage. Die Arbeitslosigkeit wird bei der anhaltenden wirtschaftlichen Erholung auf gut 3 Millionen Personen oder auf 7 Prozent der Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt 2011 zurückgehen. Das Staatsdefizit wird in Deutschland nach knapp 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr vor allem infolge steigender Staatseinnahmen auf 3 Prozent im Jahr 2011 sinken.

Noch auf Erholungskurs

Die deutsche Wirtschaft hat zuletzt deutlich an Tempo zugelegt und ist auf dem Weg aus der Krise unerwartet schnell vorangekommen. Die Beeinträchtigungen im Gefolge der Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise, die im Sommer 2007 ihren Anfang nahmen und im Winterhalbjahr 2008/2009 kulminierten, sind aber noch nicht gänzlich ausgeräumt. Noch befindet sich die deutsche Wirtschaft auf einem Erholungs- oder Normalisierungskurs.

Mit Blick auf Deutschland wurde durch den starken und mittlerweile breit angelegten Aufschwung kräftig Boden gutgemacht. Der Weg aus der Krise lief zunächst ausschließlich über die Erholung der Ausfuhrfähigkeit und in sektoraler Hinsicht über die Industrie. Dabei wurde der deutsche Außenhandel in starkem Maß durch die kräftig anziehende Nachfrage aus den aufstrebenden Volkswirtschaften angetrieben. Dort erholte sich die Investitionstätigkeit nach einem im Vergleich mit den fortgeschrittenen Ländern nur moderaten Einbruch schnell. Die Schwellen- und Entwicklungsländer fragen derzeit wie auch in den letzten Jahren in Deutschland hergestellte Investitionsgüter nach. Der über den internationalen

* Ralph Brügelmann, Winfried Fuest, Michael Grömling (Koordination), Michael Hüther, Manfred Jäger, Rolf Kroker, Jochen Pimpertz, Christof Römer, Holger Schäfer und Christoph Schröder.

Industriegüterhandel laufende Aufschwung kann durchaus als ein Vorteil des sogenannten Geschäftsmodells Deutschland verstanden werden.

Im Lauf dieses Jahres findet mehr und mehr ein Wechsel der Auftriebskräfte hin zu einer expansiven Binnennachfrage statt. Vor allem die Investitionstätigkeit der Unternehmen hat hierzulande unerwartet schnell die Trendwende vollzogen. Auch dies kann als ein Anzeichen für eine nicht unausgewogene und nicht einseitig auf das Auslandsgeschäft fokussierte Volkswirtschaft interpretiert werden. Mit Blick auf die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und auf die Wertschöpfung der Industrie lässt sich zeigen, dass sowohl der Außenhandel als auch die Inlandsnachfrage auf der Vorleistungs- und Endverbrauchs-ebene das Wachstum im vergangenen Aufschwung bestimmt haben (Grömling/Matthes, 2010). Im gegenwärtigen Aufschwung – vor allem in seiner Schnelligkeit und Breite – werden auch die Unterschiede zu der New-Economy-Krise zur Jahrtausendwende und der anschließenden langen Stagnationsphase bis zum Jahr 2004 deutlich:

- Das Platzen der New-Economy-Blase in Verbindung mit anderen Belastungen – erstmaliger Rohstoffpreisanstieg nach einer langen Phase stabiler Notierungen und der Unsicherheit infolge von Terroranschlägen – akzentuierte besonders in Deutschland bereits bestehende Probleme auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft. Dies koppelte zum Beispiel die Investitionstätigkeit von der einsetzenden Exporterholung ab.
- Die im Jahr 2007 startende Finanzmarkt- und spätere Weltwirtschaftskrise schlug sich in Deutschland in erster Linie als ein negativer Nachfrageschock nieder. Der vergleichsweise kurze Konjunkturerinbruch zog offensichtlich keine strukturellen Verwerfungen nach sich, die einer längeren Neuausrichtung bedürfen. Vielmehr löste die schnell wieder anziehende Nachfrage aus den aufstrebenden Märkten die konjunkturelle Trendwende aus. Auf den negativen Nachfrageschock folgte ein relativ rasches Wiederanspringen der (ausländischen) Nachfrage.

Es gibt aber eine Reihe von „Hypothesen“, die noch nicht gänzlich abgetragen ist und die im Weiteren die konjunkturelle Erholung dämpfen kann. Hierzu gehören:

1. In den USA und anderen fortgeschrittenen westeuropäischen Volkswirtschaften wie dem Vereinigten Königreich oder in Spanien gibt es strukturelle Schief lagen, die noch Anpassungen nach sich ziehen und sich möglicherweise zunächst dämpfend auf die wirtschaftliche Entwicklung dieser Volkswirtschaften auswirken. Vieles spricht für eine fortgesetzte Dynamik der chinesischen Wirtschaft – frei von Risiken etwa durch Korrekturen im Immobilienbereich ist diese Entwicklung aber nicht.
2. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat dem Thema Staatsschulden und ihren realwirtschaftlichen Implikationen große Bedeutung verliehen. Einerseits ergeben sich aus den

wachsenden Schuldenbergen bereits jetzt kurzfristige Konsolidierungsnotwendigkeiten bei den öffentlichen Haushalten. Das allmähliche Auslaufen von Konjunkturprogrammen in Verbindung mit ersten Konsolidierungsschritten kann dämpfend wirken. In diesem Zusammenhang werden auch deflationäre Tendenzen genannt. Andererseits besteht das Risiko, dass sich infolge der Staatsschulden und der Versuche, ihre Auswirkungen über eine monetäre Expansion zu vermindern, die Geldentwertung beschleunigen könnte. Dies kann zudem höhere Volatilitäten bei den Wechselkursen nach sich ziehen.

3. Eine Beschleunigung der Inflation kann auch aus wieder anziehenden Rohstoffpreisen entstehen. Die Rohölpreise bewegen sich allerdings trotz der anziehenden Konjunktur seit Mitte des letzten Jahres in einem relativ engen Korridor mit einem Mittelwert von rund 75 US-Dollar je Barrel. Bei anderen Rohstoffen – vor allem Industrierohstoffen – war dagegen bereits ein deutlich stärkerer Auftrieb zu beobachten.

4. Es wäre zu früh, ein Ende der Bankenkrise zu diagnostizieren. Vielmehr befindet sich der Finanzsektor noch in der Orientierungsphase, sodass neue Wertberichtigungschocks schnell zu hohen Risikoaufschlägen und zu Rationierungen führen können.

5. Die Krise hat den deutschen Arbeitsmarkt vergleichsweise wenig beeinträchtigt. Die Ausweitung der Kurzarbeit war wirksam, um Arbeitsverhältnisse zu stabilisieren. Bereits jetzt steigt die Anzahl der offenen Stellen an. Dies kann als Vorbote für Kapazitätsbeschränkungen und einer zu geringen Ausweitung des Wachstumspotenzials in mittlerer Frist gesehen werden. Der Mangel an Fachkräften (Erdmann, 2010) begrenzt möglicherweise auch schon in der kurzen Frist das Erholungspotenzial der deutschen Wirtschaft.

Diese konjunkturellen Risiken gilt es im Blick zu halten. Sie tragen zum Teil zu einer langsameren Gangart der Weltwirtschaft und auch der deutschen Wirtschaft in den nächsten Quartalen bei. Derzeit spricht aber vieles dafür, dass eine Unterbrechung des globalen Auftriebs oder ein konjunktureller Rückschlag nicht anstehen. Vor allem der Wachstumsprozess in den aufstrebenden Volkswirtschaften ist stark genug, die schwächere Gangart in Nordamerika und in einigen europäischen Volkswirtschaften zu kompensieren.

Fortsetzung der weltwirtschaftlichen Erholung

Nachdem die internationale Konjunktur über die letzten Quartale deutlich an Fahrt gewonnen hat, bremst sie nun zur Jahresmitte 2010 wieder etwas ab. Wesentlich hierfür ist eine langsamere Gangart der Konjunktur in den USA und auch in China. Im Gegensatz dazu hat der Euroraum über die vergangenen Quartale zunehmend an Fahrt gewonnen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die weltwirtschaftliche Entwicklung vor einem Abgleiten in eine erneute Konjunkturdelle oder sogar in eine Rezession steht. Vielmehr bleibt das weltwirtschaftliche Wachstum trotz dieser Verlangsamung auf einem hohen Niveau. Ein Fortgang

der Erholung der Weltwirtschaft scheint trotz der jüngsten Bremsspuren im Prognosezeitraum nicht gefährdet. Sie wird nach realer Rechnung in diesem Jahr um 4 ½ Prozent wachsen, im nächsten Jahr wird eine Zuwachsrate von 4 Prozent erwartet. Mit Wachstumsraten von über 4 Prozent werden damit wieder Zuwächse erreicht, die in den Jahren vor der weltwirtschaftlichen Krise erzielt wurden. Vor allem in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern wurde der Wachstumseinbruch bereits wieder ausgeglichen. Auch wenn die Industrieländer das Vorkrisenniveau ihres BIP nach wie vor verfehlen, hat zumindest die globale Industrieproduktion dieses bereits wieder erreicht. Ein wesentlicher Treiber dieser Entwicklung war die Industrieproduktion der asiatischen Schwellenländer, die im Frühsommer 2010 bereits um ein Fünftel höher war als zur Jahresmitte 2008 (Deutsche Bundesbank, 2010a, 12).

Diese positive Entwicklung wird durch den wieder erstarkten Welthandel bestimmt. Die globalen Warenexporte konnten in den ersten beiden Quartalen 2010 mit Zuwachsraten von über 25 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum das globale Handelsvolumen in dieser kurzen Zeit wieder deutlich antreiben. Durch die Zunahme der globalen Handelsaktivitäten profitieren zahlreiche exportstarke Länder wie Deutschland und Japan durch hohe Wachstumsbeiträge ihres Außensektors. Die Perspektiven für den Welthandel haben sich zuletzt für den weiteren Jahresverlauf verbessert. In diesem Jahr dürfte das reale Welthandelsvolumen um 12 Prozent zunehmen. Im nächsten Jahr ist aufgrund der konjunkturellen Bremswirkungen in einigen Ländern ein Anstieg von 9 Prozent zu erwarten.

Deutsche Absatzmärkte verschieben sich

Der internationale Handel ist vor allem für die deutsche Wirtschaft von großer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund hat auch der wieder zu alter Stärke zurückgefundene Welthandel enorme Relevanz. Wesentlichen Anteil daran haben die Schwellenländer, auch wenn in zahlreichen Ländern aufgrund geldpolitischer Straffungen oder des Auslaufens fiskalpolitischer Maßnahmen konjunkturelle Bremsspuren zu erkennen sind. Der IWF ging im Juli 2010 von einem realen Wachstum der Schwellenländer von fast 7 Prozent in diesem Jahr und von über 6 Prozent im nächsten Jahr aus (IWF, 2010). In dieser Rechnung sind auch die Länder Lateinamerikas und Russland erfasst. Die hohen Zuwachsraten machen deutlich, dass die konjunkturelle Erholung nach der Krise dort deutlich voranschreitet und sie nicht in eine nachhaltige strukturelle Krise geraten sind.

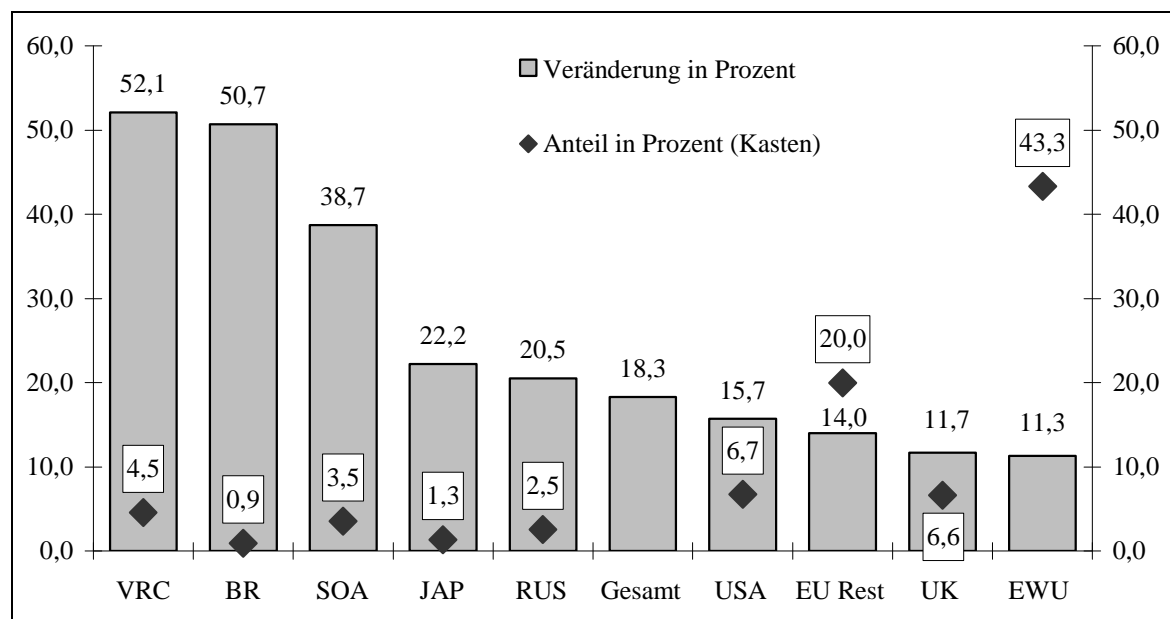
Abbildung 1 zeigt die wichtigen Wachstumsmotoren für den deutschen Export im Zeitraum Januar bis Juli 2010 im Vergleich zu dem entsprechenden Vorjahreszeitraum und deren absolute Bedeutung, gemessen als Anteil der Absatzmärkte am deutschen Warenexport

im Jahr 2009. Die hier aufgeführten Länder und Ländergruppen umfassen knapp 90 Prozent des deutschen Außenhandels. In der Tat werden die Schwellenländer für die deutsche Exportwirtschaft zunehmend wichtig, auch wenn diese teilweise von einem geringen Niveau aus starten. Während der gesamte deutsche Warenexport im Zeitraum Januar bis Juli 2010 um gut 18 Prozent zulegen konnte, waren vor allem die BRIC-Staaten China, Brasilien und Russland wachstumsstarke Motoren für den deutschen Warenexport. Ebenso zeigen die südostasiatischen Schwellenländer einen sehr deutlichen Zuwachs. Die Warenexporte in die Mitgliedsländer des Euroraums und in die übrigen Länder der Europäischen Union (EU) – wie etwa die mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländer – konnten dagegen nur einen unterproportionalen Zuwachs verzeichnen, auch wenn das absolute Exportvolumen durch ein sehr viel höheres Niveau gekennzeichnet ist.

Abbildung 1

Deutscher Warenexport nach Ländern und Regionen

Veränderung der Warenausfuhren im Zeitraum Januar bis Juli 2010 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum und Anteil am Warenexport im Jahr 2009 in Prozent



RUS: Russland; BR: Brasilien (Daten: Januar bis Mai); VRC: China; SOA: Südostasiatische Schwellenländer; EU Rest: EU-Länder, die nicht zum Euroraum gehören; EWU: Länder des Euroraums; UK: Vereinigtes Königreich; JAP: Japan.
Quellen: Deutsche Bundesbank; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Daneben konnten auch die USA in den ersten sieben Monaten dieses Jahres lediglich einen unterproportionalen Zuwachs von knapp 16 Prozent verzeichnen. Auch in einer längeren Frist geht die Bedeutung des Absatzmarktes USA für deutsche Unternehmen zunehmend zurück. Im Jahr 2007, also vor der Krise, wurden noch Waren im Wert von gut 73 Milliarden Euro von Deutschland in die USA exportiert, im vergangenen Jahr waren es nur noch

knapp 54 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Rückgang um 26 Prozent. Im Vergleich dazu gingen die gesamtdeutschen Exporte in dieser Zeit lediglich um knapp 17 Prozent zurück. Auch über einen längeren Zeitraum betrachtet, scheint der Absatzmarkt USA für die deutschen Unternehmen an Bedeutung zu verlieren. Der Anteil der USA am deutschen Warenexport betrug in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends noch gut 10 Prozent, in den Folgejahren ging er kontinuierlich zurück. Im vergangenen Jahr erreichte er nur noch einen Anteil von 6,7 Prozent.

Vor diesem Hintergrund bleibt offen, ob die konjunkturelle Entwicklung in den USA noch immer die gleiche starke Relevanz für die deutsche Wirtschaft hat als noch in den 1990er-Jahren, als die Wachstumsmärkte in Asien oder auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern noch nicht diese große Bedeutung für Deutschland hatten. Gleichwohl bleiben die USA die größte Volkswirtschaft der Welt und ihr Konjunkturverlauf ist daher für die weltwirtschaftliche Entwicklung nach wie vor wichtig. Dies gilt vor allem für die beiden großen asiatischen Länder China und Japan, für die die USA mit einem Exportanteil von etwa 21 und 16 Prozent nach wie vor den wichtigsten Absatzmarkt darstellen.

Schwächerer Wachstumspfad in den USA

Nach einem starken Winterhalbjahr 2009/2010 kamen zuletzt wieder schlechtere Konjunkturnachrichten aus den USA. Sie lassen die Sorge aufkommen, dass die weitere konjunkturelle Erholung zum Erliegen kommen oder sogar in eine Rezession münden könnte. Der Grund hierfür waren vor allem die Zahlen für das zweite Quartal 2010, wonach das reale BIP in den USA lediglich um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal zulegen konnte, nach 0,9 und 1,2 Prozent in den jeweiligen Vorquartalen.

Bei der Betrachtung der Nachfrageaggregate stimmt zunächst erfreulich, dass vor allem die Unternehmensinvestitionen mit kräftigen Anstiegen der konjunkturellen Erholung einen deutlichen Schub geben konnten. Diese legten im zweiten Quartal 2010 nochmals markant zu und stiegen gegenüber dem Vorjahr um 23 Prozent an. Damit lieferten sie im zweiten Quartal einen Wachstumsbeitrag von über 1 Prozentpunkt zum BIP. Die Erholung des Privaten Konsums, des wichtigsten Treibers der US-Konjunktur vor der Krise, verläuft nach wie vor mit angezogener Handbremse. In den letzten beiden Jahren war der Wachstumsbeitrag des Privaten Konsums negativ. Zwar stieg das Aggregat in den ersten beiden Quartalen 2010 um jeweils rund 0,5 Prozent gegenüber dem Vorquartal an. Doch verglichen mit den Vorkrisenjahren sind diese Wachstumsraten deutlich geringer. Die wesentlichen Gründe hierfür liegen in einem recht unsicheren Umfeld des Verbrauchervertrauens. Hierzu dürften die noch nicht kompensierten Vermögensverluste aus der Krise und die nach wie vor hohe

Verschuldung der privaten Haushalte zählen, die – verbunden mit allgemeiner Unsicherheit – zu einem für US-Verhältnisse deutlichen Anstieg der Sparquote geführt haben. Betrug diese im Jahr 2008 noch rund 4 Prozent, belief sie sich im zweiten Quartal 2010 bereits auf gut 6 Prozent. Ebenfalls Druck auf den Privaten Konsum ausüben dürfte die Verschuldung der US-Privathaushalte, die nach Abgrenzung des Federal Reserve Board die Zahlungen für Hypothekenverbindlichkeiten und für Konsumentenkredite beinhaltet. Zwar ist die Verschuldungsquote über die letzten Quartale um 1,5 Prozentpunkte gefallen, liegt aber mit gut 12 Prozent des Verfügbaren Einkommens im Durchschnitt aller Haushalte nach wie vor auf einem Niveau, das verbunden mit der derzeitigen Unsicherheit die Konsumlaune nicht auf alte Höchststände heben wird. Verschärft wird dies durch die schlechte Lage am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote betrug im August 2010 nach wie vor 9,6 Prozent. Die Quote ist nun schon seit über einem Jahr auf diesem für US-Verhältnisse hohen Niveau. Zwar wurden von Januar bis Mai 2010 wieder rund 1 Million neue Jobs geschaffen. In den vergangenen Monaten wurde die Beschäftigung per saldo allerdings zurückgefahren. Der Außenbeitrag vermochte der US-Konjunktur zuletzt keinen Wachstumsimpuls mehr zu geben. Zwar stiegen die Exporte gegenüber dem Vorquartal um über 2 Prozent an, doch der starke Importsog ließ den Außenbeitrag per saldo sinken. Die Importe stiegen um über 7 Prozent gegenüber dem Vorquartal und lieferten dadurch Wachstumsimpulse für wichtige Partnerländer. Hierzu gehört auch Deutschland, das seine Warenexporte in die USA in diesem Jahr wieder ausweiten konnte.

Insgesamt dürfte sich die US-Konjunktur weiter stabilisieren, auch wenn die Schnelligkeit des Erholungsprozesses etwas an Fahrt verlieren dürfte. Das reale BIP in den USA wird in diesem und im nächsten Jahr um rund 2 ½ Prozent ansteigen (Tabelle 1). Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte mit einem Zuwachs von 1 ½ Prozent relativ moderat ausfallen.

Vor dem Hintergrund einer nunmehr wieder langsameren Gangart der US-Konjunktur hat die Deutsche Bundesbank die Stärke des jetzigen Aufschwungs mit dem vorheriger Aufschwünge verglichen und mögliche Unterschiede herausgearbeitet (Deutsche Bundesbank, 2010b). Ein wesentlicher Unterschied zwischen dem jetzigen Aufschwung und früheren Aufschwüngen in den USA wird in einem derzeit niedrigeren Potenzialwachstum gesehen. Dieses ist mit einer Zunahme von 1 ¾ Prozent seit Mitte 2009 deutlich niedriger als in den vorherigen Aufschwungphasen, in der es bei 3 Prozent lag. Die Besonderheit dieses Aufschwungs wird zudem darin gesehen, dass im Vergleich zu früheren Aufschwüngen die wesentlichen Wachstumsimpulse aus den Bauinvestitionen und aus dem Privaten Konsum nun ausbleiben. Der Grund hierfür ist die derzeit schwierige Arbeitsmarktsituation, die negative Rückwirkungen auf den Privaten Konsum hat.

Tabelle 1

IW-Auslandsprognose

Veränderung des realen BIP gegenüber Vorjahr in Prozent

	2009	2010	2011
Deutschland	-4,7	3 ¼	2
Frankreich	-2,5	1 ½	1 ½
Italien	-5,0	1	1
Spanien	-3,6	-½	½
Niederlande	-4,0	2	1
Belgien	-3,0	1 ½	1 ½
Österreich	-3,4	1 ½	1 ½
Griechenland	-2,0	-4	-2
Finnland	-7,8	2	2
Portugal	-2,7	½	¼
Irland	-7,1	0	2
Euroraum^{1) 2)}	-4,0	1 ½	1 ¼
USA	-2,6	2 ½	2 ½
Japan	-5,2	2 ¾	1 ½
Vereinigtes Königreich	-4,9	1 ½	1 ½
Kanada	-2,5	3 ¼	2 ½
Schweiz	-1,5	2	1 ½
Industrielländer^{1) 3)}	-3,4	2 ½	2 ¼
China	9,1	10 ½	9 ½
Indien	5,7	9	8
Russland	-7,9	5	4 ½
Weltwirtschaft	-0,6	4 ½	4 ¼
Nachrichtlich: Welthandel	-11,3	12	9

1) Gewicht: BIP 2009. 2) Ohne Slowakische Republik, Slowenien, Malta, Zypern und Luxemburg. 3) Gewichteter Durchschnitt der hier außerhalb des Euroraums angegebenen Industrieländer.

Quellen: IWF; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Situation der öffentlichen Haushalte lässt ein weiteres Stimulieren der US-Konjunktur mit öffentlichen Geldern zunehmend schwierig und riskant erscheinen. Zudem werden die Impulse des Konjunkturpakets im Prognosezeitraum nachlassen. Trotzdem lässt die derzeitige Lage insgesamt keinen Rückfall in eine erneute Rezession im Prognosezeitraum erkennen. Zwar zeigen die Daten des Potenzialwachstums und die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, dass die USA tatsächlich mit deutlich stärkeren strukturellen Problemen kämpfen müssen, als dies vielleicht noch vor zwei Jahren angenommen werden konnte. Deshalb wird derzeit davon ausgegangen, dass die US-Wirtschaft aufgrund der zahlreichen strukturellen Probleme durchaus auf ein niedrigeres Potenzialwachstum einschwenken

kann. Dagegen kann sich die Lage am Arbeitsmarkt aufgrund der anziehenden Investitionen in den nächsten Monaten kontinuierlich verbessern, was für einen stärker anziehenden Privaten Konsum spricht. Da ein neuerliches Abgleiten in eine Finanzmarktkrise derzeit nicht erwartet wird, dürften sich auch die Kreditbedingungen für ein investitionsfreundliches Klima weiter verbessern.

Starkes Wachstum in Asien

In **Japan** ist für dieses Jahr eine deutliche Erholung der wirtschaftlichen Lage zu erwarten. Das reale BIP dürfte in diesem Jahr um 2 ¾ und im nächsten Jahr um 1 ½ Prozent ansteigen. Das japanische Auslandsgeschäft konnte durch den sich deutlich erholenden Welthandel stark profitieren, wodurch der Außenbeitrag einen deutlichen Wachstumsbeitrag lieferte. Dies beeinflusste auch binnenwirtschaftliche Kräfte wie die Investitionstätigkeit positiv, wobei diese nach den heftigen Einbrüchen während der Krise nach wie vor relativ moderat ausfiel. Bremsende Effekte kamen zuletzt von den öffentlichen Investitionen und vom Privaten Konsum. Beide Aggregate dürften unter dem Auslaufen zahlreicher staatlicher Konjunkturprogramme leiden. Für das folgende Jahr dürfte sich die wirtschaftliche Belebung abflachen, was nicht zuletzt aus dem sich abschwächenden Auslandsgeschäft resultiert. Zudem sollten auch von staatlicher Seite in diesem und im kommenden Jahr keine nennenswerten stimulierenden Effekte erwartet werden. Der öffentliche Haushaltssaldo wird in diesem Jahr die 8-Prozent-Marke übersteigen und die Schuldenstandsquote die 200-Prozent-Marke. Weiterhin wird das sinkende Verbraucherpreisniveau die Wirtschaft belasten, und die Arbeitslosenquote wird mit gut 5 Prozent für japanische Verhältnisse weiter hoch bleiben.

Das Wachstum in **China** wird in diesem und im nächsten Jahr sehr robust bleiben. Im Jahr 2010 wird das reale BIP um 10 ½ Prozent und im nächsten Jahr um 9 ½ Prozent steigen. Dahinter steht die Annahme, dass die chinesische Wirtschaft auch im Prognosezeitraum weiterhin eine Rolle einer weltweiten Konjunkturlokomotive einnehmen kann. Obwohl die Effekte aus dem im Herbst 2008 aufgelegten umfangreichen Konjunkturpaket nachlassen, dürften die positiven Langfristwirkungen des Investitionsvolumens auch in den nächsten Jahren spürbar bleiben. Hinzu kommen stimulierende Effekte vom Exportgeschäft und vom Privaten Konsum. Trotzdem wurden zuletzt vermehrt Stimmen laut, die vor einem deutlichen Einbruch der chinesischen Wirtschaft warnen. Der Hintergrund hierfür sind vor allem Überhitzungstendenzen im Immobiliensektor, die zu einem Platzen einer Preisblase auf dem Immobilienmarkt führen könnten. Um tendenziellen Überhitzungserscheinungen vorzubeugen, wurden Maßnahmen mit konjunktureller Bremswirkung erlassen, wozu etwa erschwerte Bedingungen bei der Kreditvergabe an private Haushalte und Unternehmen

zählen. Auch wenn die Gefahr einer harten Landung in China gegeben ist, die ohne Zweifel eine Bedrohung für die weitere weltwirtschaftliche Erholung darstellen würde, ist die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios derzeit als relativ gering einzustufen. Hierfür spricht auch, dass die Zentralregierung in einem solchen Fall expansive wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen würde. Insgesamt dürften in diesem und im kommenden Jahr die positiven Effekte der chinesischen Wirtschaft im Sinne einer weltweiten Konjunkturlokomotive deutlich höher eingeschätzt werden als die Gefahr eines konjunkturellen Einbruchs.

In **Indien** zeigt sich ebenfalls eine robuste konjunkturelle Entwicklung. In diesem Jahr wird die indische Wirtschaft in realer Rechnung um 9 Prozent zulegen. Im nächsten Jahr wird sich das reale BIP um 8 Prozent erhöhen. Sorge bereitet allerdings die aktuelle Entwicklung des Verbraucherpreisniveaus. Nachdem die Verbraucherpreise im letzten Jahr um fast 11 Prozent anstiegen, wird in diesem Jahr ein Anstieg von knapp 10 Prozent erwartet.

Erholung in Europa

Auch in den Ländern Europas zeigt sich in diesem Jahr eine deutliche Erholung. Trotz der Belastungen durch die Finanzprobleme in Griechenland sind die daraus folgenden Turbulenzen an den Finanzmärkten nicht auf die Realwirtschaft übergeschwappt. In Griechenland, Portugal, Irland und in Spanien als viertgrößtes Land des Euroraums bleibt die wirtschaftliche Situation schwierig. Derzeit ist allerdings nicht davon auszugehen, dass die Probleme dieser Länder zu einem europaweiten konjunkturellen Einbruch führen. Trotzdem werden sie durch teils negative Veränderungen ihres BIP den Zuwachs der Wirtschaftsleistung im Euroraum schmälern. Das reale BIP wird sich im Euroraum insgesamt in diesem Jahr um 1 ½ und im nächsten Jahr um 1 ¼ Prozent erhöhen. Dabei dürfte das Wachstum vor allem aus den binnenwirtschaftlichen Kräften resultieren, während der Wachstumsbeitrag des Außenhandels neutral bleiben wird. Die Verbraucherpreise werden sich im Durchschnitt um etwa 1 ½ Prozent erhöhen, und die Arbeitslosenquote wird mit rund 10 Prozent in diesem und im nächsten Jahr relativ konstant bleiben.

Frankreich, Italien und Spanien sind nach wie vor durch große wirtschaftliche Probleme gekennzeichnet. Aufgrund des relativ schwachen Exportsektors kann Frankreich vergleichsweise wenig von dem internationalen Nachfrageboom profitieren. Ebenso bleibt der Wachstumstreiber der letzten Jahre, der Private Konsum, verhältnismäßig schwach. Diese mangelnde Wettbewerbsfähigkeit gilt gleichermaßen für Italien, das seit Jahren mit strukturellen Problemen zu kämpfen hat. In Anbetracht eines nunmehr sehr hohen Schuldenstands von gut 130 Prozent des BIP bleiben strukturelle Reformen in der nahen Zukunft unaus-

weichlich. In Spanien bildet die hohe Verschuldung mit der einhergehenden Angst vor einer Zahlungsunfähigkeit eine schwere Last für die amtierende Regierung. In Anbetracht eines ohnehin schwachen Wirtschaftswachstums und einer hohen Arbeitslosigkeit von 19 Prozent dürfte ein Weg aus der Krise nicht mehr mit fiskalpolitischen Mitteln zu bewerkstelligen sein. Derzeit sollte aber davon ausgegangen werden, dass die Probleme dieser Länder kein potenzielles Rückschlagrisiko für den Euroraum im Prognosezeitraum darstellen.

Im Vereinigten Königreich wird sich das reale BIP in diesem und im nächsten Jahr um etwa 1 ½ Prozent erhöhen. Damit kann das Land nicht mehr an die Wachstumserfolge der Vorkrisenzeit anknüpfen. Zwar festigte sich die konjunkturelle Situation im Frühjahr 2010. Doch die neue Regierung wird über die nächste Zeit einige Sparanstrengungen unternehmen, um die Schieflage in den öffentlichen Haushalten wieder zu verbessern. Das Haushaltsdefizit wird in diesem und im nächsten Jahr nach OECD-Schätzungen bei über 10 Prozent des BIP liegen.

In den mittel- und osteuropäischen Ländern der EU zeichnet sich eine solide wirtschaftliche Erholung ab. In Polen und der Tschechischen Republik dürfte das reale BIP im nächsten Jahr um gut 3 und knapp 2 Prozent wachsen. Auch in den durch die Krise schwer angeschlagenen baltischen Ländern Litauen, Lettland und Estland zeigt sich wieder ein besseres Konjunkturbild, zumal nach wie vor strukturelle Probleme bestehen. Sorge dürfte dabei die hohe Arbeitslosenquote von bis zu 20 Prozent bereiten.

In Russland wird sich die Wirtschaft weiter erholen. In diesem Jahr dürfte das reale BIP um rund 5 Prozent ansteigen, im nächsten Jahr um etwa 4 ½ Prozent. Dabei sind die binnenwirtschaftlichen Kräfte, Privater Konsum und Investitionen, weiter auf Erholungskurs, und durch die aktuellen Notierungen an den Rohölmärkten dürfte auch der Staatssektor durch ansteigende Steuereinnahmen mehr Spielraum für eventuelle Stützungsmaßnahmen besitzen. Zudem hat sich auch der Anstieg der Verbraucherpreise seit Ausbruch der Krise beruhigt. Lag dieser im Jahr 2008 noch bei gut 13 Prozent, dürfte er sich im nächsten Jahr auf rund 7 Prozent belaufen. Die Arbeitslosenquote in Höhe von rund 7 Prozent dürfte die wirtschaftliche Erholung nicht gefährden.

Beruhigung der Finanzmärkte

Zu Recht wird die gute Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes während der Krise hervorgehoben. Dass in Deutschland trotz der großen Bankenkrise eine Kreditklemme ausblieb, muss jedoch auch anerkannt werden. Stets als schwebende Gefahr beschrieben

(IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2009a), hat sie sich nicht materialisiert, und es gibt immer weniger Anzeichen, dass es zu einer Kreditklemme kommen wird. Die Finanzierungsbedingungen stellen weiterhin keine Bremse für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dar, und das wird zunächst auch so bleiben. Allenfalls mittelfristig droht die Gefahr höherer Zinsen nicht zuletzt wegen der hohen staatlichen Defizite.

Als Beleg für diese relativ günstige Einschätzung kann zunächst auf die vom ifo Institut berechnete Kredithürde verwiesen werden. Seit Anfang 2010 sinkt diese und zeigt einen stets besser werdenden Zugang der Unternehmen zu Krediten an. Im August 2010 gaben 29,5 Prozent der befragten Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft an, dass die Kreditvergabe restriktiv sei, im August 2009 waren es 44,2 Prozent. Zu einer ähnlich guten Einschätzung kommen die Sonderumfragen der Deutschen Bundesbank zum Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen nichtfinanziellen Unternehmen. Die befragten Finanzdienstleister erwarten für die nächsten zwölf Monate ein steigendes Kreditvolumen, das vor allem durch Kredite an kleine und mittlere Unternehmen getragen wird. Sie begründen diese Erwartung mit einer höheren Nachfrage und besseren Konjunkturaussichten. Da sich aus den Angaben ablesen lässt, dass die Ablehnungsquote unverändert bleibt, trifft diese Nachfrage – so die Einschätzung der Banken – wohl auch auf ein angepasstes höheres Angebot. Auch die Ergebnisse des Bank Lending Survey sind kein Grund zur Sorge. Gemäß dieser Umfrage müssen keine strengeren Kreditvergabestandards befürchtet werden. Einen weiteren Beleg liefert die Entwicklung der Buchkredite der Banken an Unternehmen und Privatpersonen. Diese Datenreihe hat die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nachgezeichnet. Zwar liegt das Volumen der Buchkredite noch unter dem Vorjahresniveau, aber im Frühjahr 2010 kam es offensichtlich zu einer Trendwende (Deutsche Bundesbank, 2010c, 34).

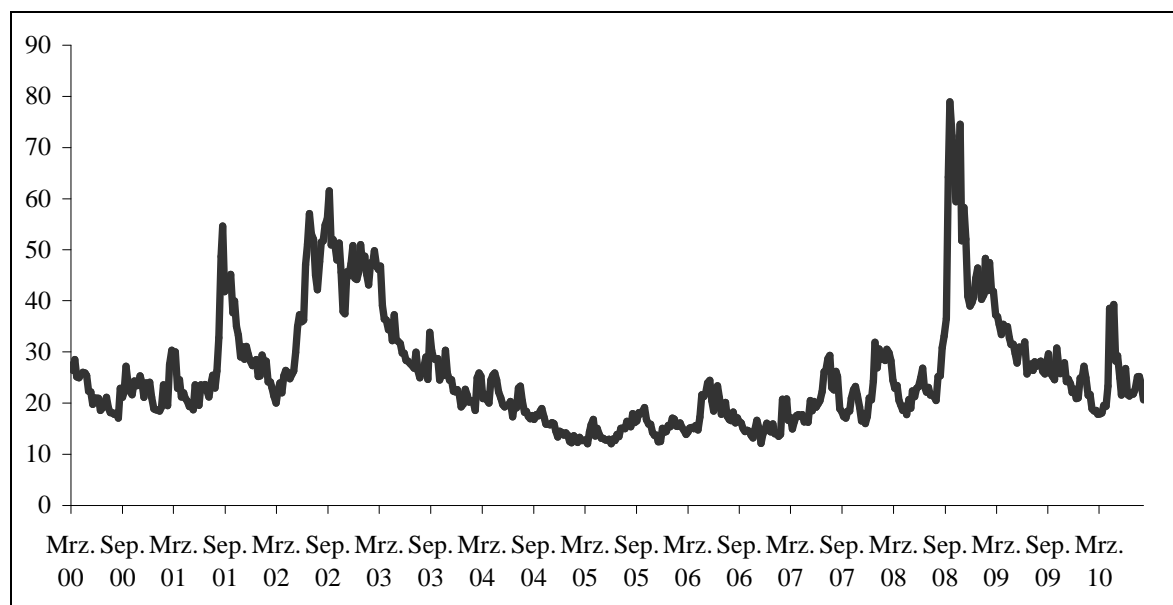
Gäbe es das Wachstum behindernde Finanzierungsschwierigkeiten, dann müsste sich dies in Form höherer Finanzierungskosten bemerkbar machen. In der Tat kam es im Euroraum zu einem Anstieg der für Aktien, Anleihen und Kredite insgesamt betrachteten realen Finanzierungskosten. Dafür war jedoch nur die Aktienfinanzierung verantwortlich (EZB, 2010, 46). Die realen Kosten der Fremdfinanzierung (Kredite und Anleihen) sind im Euroraum niedrig bei knapp unter 2 Prozent. Bestätigt wird dieses relativ günstige Bild durch die Renditen gehandelter Unternehmensanleihen verschiedener Bonitäten. Die Rendite mit Bonität AA betrug Anfang September 2010 rund 3 Prozent, die der mit BB eingestuften Anleihen 6,7 Prozent. Die AA-Renditen sind um 1,2 Prozentpunkte, die BB-Renditen um über 2 Prozentpunkte niedriger als vor Jahresfrist. Auch die BB-AA-Spanne ist mit 4 Prozentpunkten zwar wesentlich höher als vor der Finanzkrise, aber nicht hoch. Abgerundet wird diese eher günstige Sicht durch den niedrigen Wert des Volatilitätsindex

VDax-New. Wie in der IW-Frühjahrsprognose (IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2010), so wird auch diesmal festgestellt, dass die Lage zwar günstig ist, der Finanzmarkt aber auf Schocks ausgesprochen sensibel reagiert: Der VDax-New war schon zu Beginn des Jahres 2010 auf rund 20 gesunken, aber wegen der Zuspitzung bei den Staatsanleihen sehr schnell gestiegen (Abbildung 2). Diese Nichtlinearität wird noch länger erhalten bleiben, da sich der Finanzsektor in einer Orientierungsphase befindet.

Abbildung 2

VDax-New

Erwartete Volatilität der Aktienkursentwicklung in Deutschland



Quellen: Bloomberg ; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

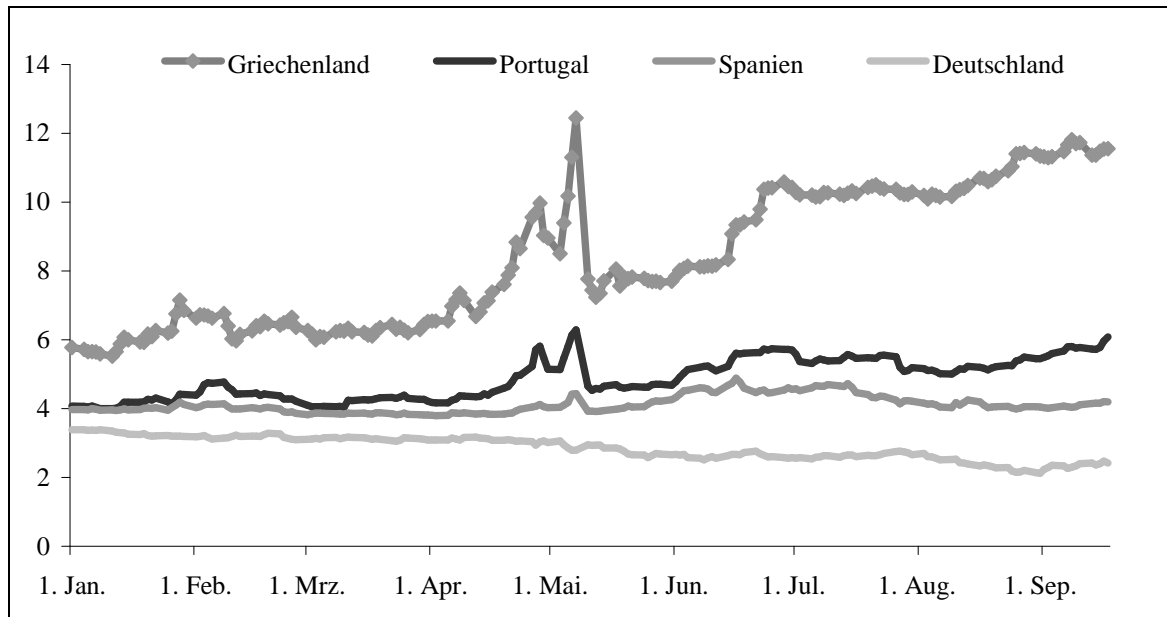
Zu der durch den VDax-New gemessenen Beruhigung des Finanzsystems passt die Entwicklung der Zinsen von Staatsanleihen jedoch nicht (Abbildung 3). Auch die Prämien für Kreditausfallversicherungen für Banken sind relativ hoch (Abbildung 4). Mitte September 2010 betrug die Rendite griechischer Staatsanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren 11,5 Prozent (Abbildung 3). Die Rendite war zwar zwischenzeitlich markant gesunken, ist aber trotz der Unterstützungsmaßnahmen nun wieder deutlich gestiegen. Auch portugiesische Anleihen werden wieder so niedrig notiert wie im Mai 2010. Spanische Anleihen werden zwar niedriger notiert als vergleichbare deutsche Anleihen, der Zins ist aber nur geringfügig höher als im Januar 2010. Diese unterschiedlichen Entwicklungen und die Beobachtung, dass vor allem die Kreditausfallversicherungen der Banken Santander und Unicredit höher sind, können als Merkmal einer wieder differenzierten Risikowahrneh-

mung im Finanzsystem interpretiert werden. Dass die Risikowahrnehmung differenziert ist, bedeutet, dass das Finanzsystem eine wichtige Funktion wieder besser ausüben kann.

Abbildung 3

Zinsen für staatliche Anleihen

Zinsen für Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren im Jahr 2010 in Prozent



Quellen: Bloomberg; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



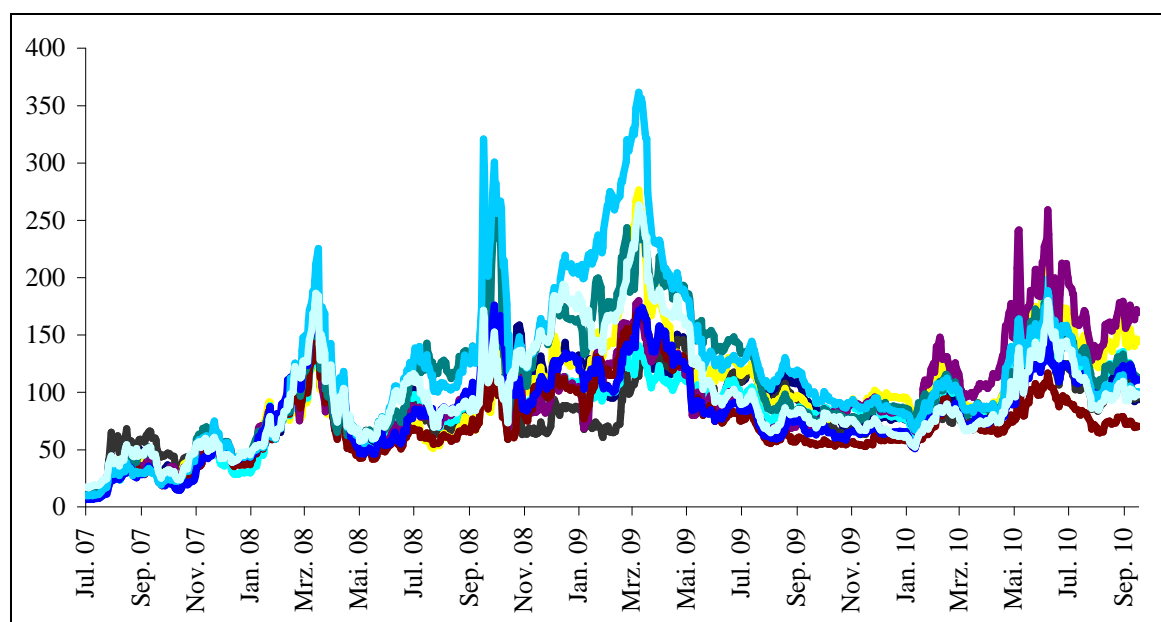
In der IW-Frühjahrsprognose (IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2010) wurden strengere Regulierungen als eine Komplikation in der Orientierungsphase angesehen. Am 12. September 2010 kam es in Basel diesbezüglich zu einer Einigung. Die unter Basel III firmierenden Regeln sind in der Tat ein Kompromiss: Einerseits werden die Eigenkapitalanforderungen deutlich höher. Andererseits ist das Niveau nicht sehr hoch, und es wird lange Übergangsfristen geben. Weithin hatte es Kritik an der Qualität des Eigenkapitals gegeben. Basel II sah vor, dass das harte Kernkapital (Core Tier 1) lediglich 2 Prozent der risikogewichteten Aktiva betragen muss. Diese Quote soll nun auf 4,5 Prozent steigen. Erhalten bleibt die Forderung, dass Tier 1 und Tier 2 zusammen 8 Prozent der risikogewichteten Aktiva betragen müssen. Dadurch wird die Zusammensetzung robuster. Dies folgt auch daraus, dass bestimmte hybride Instrumente sukzessive über einen Zeitraum von zehn Jahren ab 2013 nicht mehr als Tier 1 Eigenkapital anerkannt werden. Zusätzlich zu den 8 Prozent wird ein Puffer von 2,5 Prozent eingeführt, der die Eigenkapitalanforderungen weniger prozyklisch machen soll. Daraus ergibt sich aus den neuen Eigenkapitalanforderungen keine Gefahr für die Kreditversorgung (Hüther/Jäger-Ambrożewicz, 2010). Es ist zwar richtig, dass wegen der höheren Eigenkapitalanforderungen einerseits der Anteil der relativ teuren

Finanzierungsform Eigenkapital steigt, andererseits werden die Banken solider und sollten dementsprechend in der Lage sein, Fremdfinanzierungskosten zu reduzieren. Die Übergangsfristen sind so bemessen, dass es den Banken mit einem nachhaltigen Geschäftsmodell gelingen wird, ihr Eigenkapital zu erhöhen.

Abbildung 4

CDS-Prämien

Angaben in Basispunkten



CDS: Credit Default Swap (Kreditausfallversicherungen) für wichtige europäische Banken.
Quellen: Bloomberg; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Auch die Geldpolitik trägt dazu bei, dass es zu keiner Kreditklemme oder zu keinem Anstieg der Finanzierungskosten kommt. Das Zinsniveau wird bis zum Ende des Prognosezeitraums um rund $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt ansteigen. Durch die freizügige Liquiditätsversorgung und die niedrigen Zinsen erhalten die Banken eine Unterstützung, die ihnen trotz der regelmäßigen Turbulenzen bei der Restrukturierung hilft. Die Europäische Zentralbank (EZB) wird an dieser Politik festhalten, da es keine Anzeichen für eine Beschleunigung der Inflation gibt. Obwohl davon ausgegangen wird, dass dies auch im Jahr 2011 so bleiben wird, besteht die Gefahr, dass sich das Inflationsumfeld schnell ändern kann: Sollte es wegen steigender Rohstoffpreise in einem relativ guten gesamtwirtschaftlichen Umfeld zu einer höheren Inflationserwartung kommen, dann muss die EZB den Ausgang aus der bankenfreundlichen Geldpolitik finden, obwohl der Geldmarkt noch nicht reibungslos funktioniert und der Bankensektor noch in der Orientierungsphase ist. Die EZB hat Andeutungen gemacht, dass sie den Ausgang aus der liquiditätsfreundlichen Geldpolitik kennt. Sie ver-

richtet dann beispielsweise auf sehr langfristige Refinanzierungsangebote, bei denen es kein festes Zinsniveau mehr gibt. Vielmehr würden die Zinsen einer laufenden langfristigen Refinanzierung erhöht, wenn die kurzfristigen Refinanzierungen teurer werden.

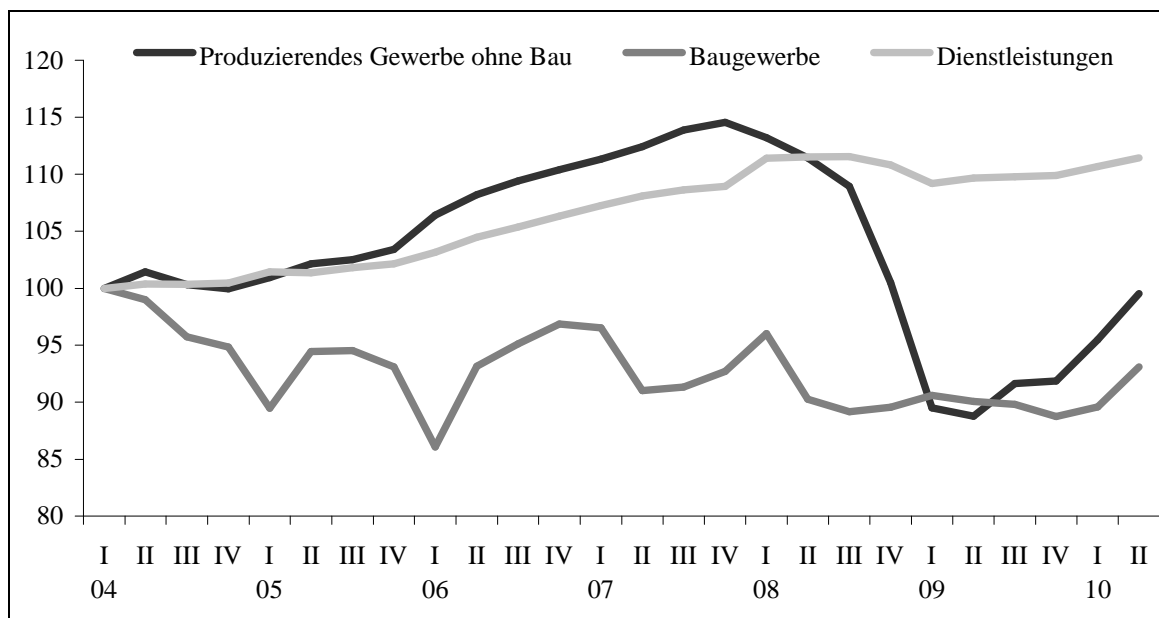
Kräftige Wachstumsbeschleunigung in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft legte im zweiten Quartal 2010 mit einem Rekordtempo zu. Gegenüber den vorangegangenen drei Monaten stieg die preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Wirtschaftsleistung um 2,2 Prozent an. Das ist der höchste Zuwachs in Deutschland seit der Wiedervereinigung. Im Vorjahresvergleich legte das preisbereinigte BIP im zweiten Quartal 2010 um 4,1 Prozent zu. Mit Blick auf die Verwendungsseite des BIP speiste sich das Wachstum gegenüber dem Vorquartal und gegenüber dem Vorjahr sowohl aus der Auslandsnachfrage als auch aus der Binnenkonjunktur. Die kräftig in Fahrt gekommene Investitionstätigkeit sorgte dafür, dass das Wachstum und der Wachstumsbeitrag bei der Inlandsnachfrage sogar deutlich höher ausfielen als beim Außenbeitrag.

Abbildung 5

Entstehungsseite des BIP in Deutschland

Entwicklung der preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten Bruttowertschöpfung; Index 1. Quartal 2004 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Auch die Entstehungsseite des BIP zeigt ein ausgewogenes Wachstumsbild (Abbildung 5). Der dominierende Wachstumsmotor ist nach wie vor die Industrie. Die reale Bruttowertschöpfung der Industrie übertraf im zweiten Quartal 2010 die des Vorquartals um 4,2 Pro-

zent und die des Vorjahres um 13,2 Prozent. Damit setzte sich die im dritten Quartal 2009 einsetzende Erholung beschleunigt fort. Nimmt man den Höhepunkt des letzten Konjunkturaufschwungs als Orientierungsmarke – dieser kann im Schlussquartal 2007 verortet werden –, dann hat die Industrie bereits fast die Hälfte der Wegstrecke vom Tal zurück zu alten Höhen absolviert. Auch die Bauwirtschaft trug im zweiten Quartal 2010 kräftig zum Wachstum bei – zum Teil ist dies auch durch Nachholeffekte infolge des strengen Winters zu verstehen. Und nicht zuletzt lieferten die Dienstleistungsbereiche einen kleinen Wachstumsbeitrag im zweiten Quartal. Diese müssen gleichwohl nicht den Erholungsweg wie die Industrie gehen. Über die gesamte Krise waren hier vergleichsweise moderate Beeinträchtigungen zu spüren, sodass es den Dienstleistern mittlerweile gelungen ist, ihren letzten konjunkturellen Höhepunkt vom Jahr 2008 wieder zu erreichen.

Exporteinbruch überwunden

Die wirtschaftliche Erholung in Deutschland liegt im Wesentlichen an der wieder anziehenden Weltkonjunktur, die auch das deutsche Exportgeschäft kräftig belebt hat (Abbildung 6). Seit dem Tiefpunkt im April 2009 sind die nominalen Warenexporte Deutschlands um 30 Prozent angestiegen. Sie liegen damit nur noch knapp unter dem Höhepunkt vom Sommer 2008 – beim Tiefpunkt klaffte eine Lücke von 27 Prozent. Die deutsche Exportwirtschaft hat mit Blick auf diese Daten die Krise mehr oder weniger überwunden. Das Gleiche gilt auch für die deutschen Importe. Auch hier bewegen sich die aktuellen Werte auf dem Rekordniveau des vergangenen Aufschwungs. Der Anstieg seit dem Tiefpunkt im Frühjahr 2009 fällt sogar etwas stärker aus als bei den Exporten.

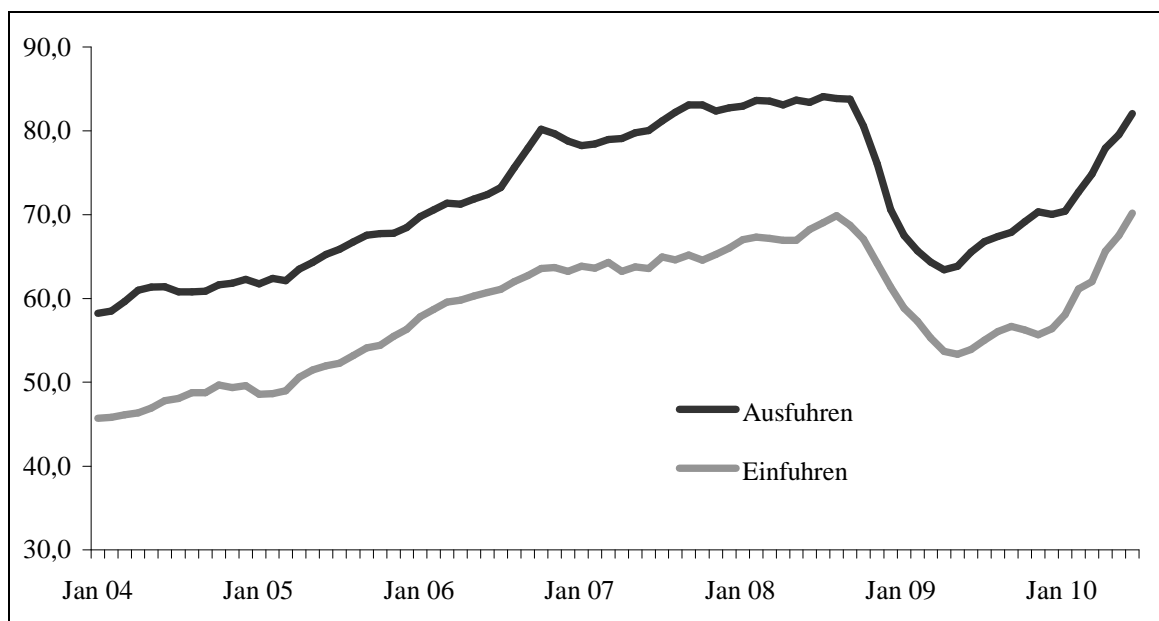
Das Auslandsgeschäft ist somit ein weiteres Mal der Dreh- und Angelpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Der Gleichlauf von Exporten und Importen weist deutlich darauf hin, wie hochgradig arbeitsteilig die deutsche Wirtschaft organisiert ist. Die Erholung der deutschen Industrie und ihrer Ausfuhrfähigkeit hat bisher vor allem den Import von Vorleistungen aus dem Ausland belebt. Das bestätigt die hohe Bedeutung der deutschen Wirtschaft für die konjunkturelle Entwicklung in anderen Ländern. Der Außenhandel ist für Deutschland keine Einbahnstraße – was manche Kritiker der deutschen Wirtschaft und ihrer Weltmarktorientierung unterstellen. Im Jahr 2009 hat einerseits nur China mehr Industriewaren exportiert als Deutschland. Andererseits gehört Deutschland zu den importstärksten Ländern der Welt und ist damit ein wichtiger Kunde für andere Länder. Sogar im Krisenjahr 2009, das insgesamt von einem stark einbrechenden Außenhandel gekennzeichnet war, importierte Deutschland Waren im Wert von 931 Milliarden US-Dollar und stand damit auf Platz drei hinter dem Importweltmeister USA (1.604 Milliarden US-Dollar) und China (1.006 Milliarden US-Dollar). Deutschland liegt mit seinem Importwert deutlich vor

Frankreich und Japan mit jeweils 550 Milliarden US-Dollar und dem Vereinigten Königreich mit 480 Milliarden US-Dollar.

Abbildung 6

Deutsche Warenausfuhren und Wareneinfuhren

Saisonbereinigter, gleitender Drei-Monats-Durchschnitt, in Milliarden Euro



Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Der deutsche Außenhandel wird in nächster Zeit von den folgenden Faktoren mitbestimmt:

1. Die Weltwirtschaft wird weiter expandieren. Die globale Wirtschaftsleistung wird im Jahr 2010 den Vorjahreswert um 4 ½ Prozent übertreffen. Für das Jahr 2011 wird ein Wachstum der Weltwirtschaft in Höhe von 4 Prozent erwartet. Der reale Welthandel wird in gewohnter Weise stärker wachsen als die Produktion – nur im Krisenjahr 2009 war dies nicht der Fall. Der internationale Warenaustausch kam erheblich stärker unter Druck als die gesamte Wirtschaftsleistung. In diesem Jahr wird der Welthandel preisbereinigt um 12 Prozent und im kommenden Jahr um 9 Prozent zulegen. Die Impulse kommen weiterhin aus den aufstrebenden Volkswirtschaften. Dort hat sich bereits die Investitionstätigkeit kräftig erhöht, was der deutschen Industrie zugute kommt. Die Finanzierungsbedingungen für Investitionen sind zudem besser, was die globale Investitionstätigkeit begünstigt.
2. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat sich im ersten Halbjahr 2010 wieder deutlich verbessert. Die Lohnstückkosten lagen auf Basis der Erwerbstätigenstunden um gut 1 Prozent unter dem Vorjahreswert. Dabei handelt es sich jedoch um einen ersten Schritt zum Ausgleich des enormen Lohnstückkostenanstiegs vom vergange-

nen Jahr. Im Jahr 2009 stiegen diese um 5,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Dieser Anstieg war die Folge eines starken Produktivitätsrückgangs, der wiederum aus der weitgehend stabilen Beschäftigung und des gleichzeitig starken Produktionseinbruchs resultierte. Die wieder kräftig anziehende Produktion bei nahezu stabiler Beschäftigung sorgt nun für die Normalisierung. Dieser Trend wird sich im weiteren Prognosezeitraum fortsetzen.

3. Von der Wechselkursentwicklung werden keine Anpassungslasten ausgehen. Bis Ende 2010 und im Jahr 2011 wird der Euro gegenüber dem US-Dollar weitgehend stabil notieren. Es wird eine Schwankungsbreite von 1,25 bis 1,35 US-Dollar je Euro unterstellt.

Auf Basis dieser Rahmenbedingungen wird die deutsche Ausfuhrtätigkeit weiter expandieren. Die preisbereinigten Exporte von Waren und Dienstleistungen werden im Jahr 2010 den Vorjahreswert um $16 \frac{3}{4}$ Prozent übertreffen. Im kommenden Jahr werden die realen Exporte um 8 Prozent ansteigen. Die Importe sind bereits mit der anziehenden Export- und Produktionstätigkeit deutlich angestiegen. Dies wird sich mit der einsetzenden Konsumerholung fortsetzen. Damit werden die realen Importe im Jahr 2010 um $15 \frac{1}{2}$ Prozent wachsen, und für das kommende Jahr wird ein Plus von gut 7 Prozent erwartet. Der Außenbeitrag wird in 2010 und 2011 jeweils rund zwei Fünftel zum Wachstum beisteuern.

Schnell einsetzende Erholung bei Investitionen

Zunächst wurde davon ausgegangen, dass sich die Investitionen in diesem Jahr in einer Wartestellung befinden (IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2010). Die realen Ausrüstungsinvestitionen stagnierten nach dem starken Einbruch im ersten Quartal 2009 über das gesamte Jahr 2009 hinweg auf dem Krisenniveau, das sich fast 25 Prozent unter dem Niveau des vorhergehenden Höhepunkts befand. Entgegen der vorhergehenden Erwartungen kam die Investitionstätigkeit schnell und vor allem kräftig in Fahrt. Sowohl im ersten als auch im zweiten Quartal 2010 stiegen die preis- und saisonbereinigten Ausrüstungsinvestitionen gegenüber dem Vorquartal um jeweils 4,4 Prozent kräftig an. Im zweiten Quartal 2010 wurde der entsprechende Vorjahreswert um 9,5 Prozent übertroffen.

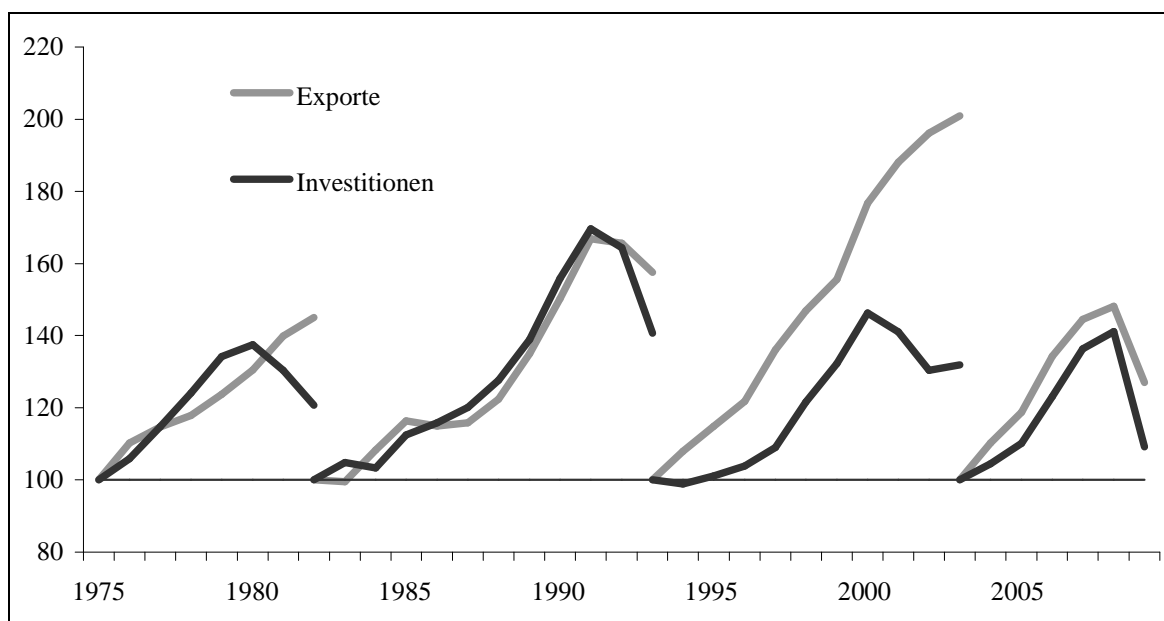
Der Exportfunke ist schnell und kräftig auf die Binnenkonjunktur überggesprungen. Abbildung 7 zeigt für die vier konjunkturellen Phasen 1975 bis 1982, 1982 bis 1993, 1993 bis 2003 und 2003 bis 2009, wie stark die preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen den realen Waren- und Dienstleistungsausfuhren gefolgt sind. Zunächst ergibt sich für die ersten beiden Konjunkturzyklen in den Aufschwungjahren eine nahezu deckungsgleiche Dynamik beider Nachfrageaggregate. Dieser enge Gleichlauf von Exporten und Ausrüstungsinvestitionen war offensichtlich in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre und im Zeitraum 2000 bis 2003 nicht mehr gegeben. Die Exporte konnten in diesen beiden Phasen nicht mehr im

gewohnten Ausmaß die Investitionstätigkeit im Inland stimulieren (siehe hierzu auch Brügelmann et al., 2004; IW Köln, 2005, 207 ff.). Als Ursachen für den damals unterbrochenen Transmissionsriemen vom Export hin zu den Inlandsinvestitionen können Renditeprobleme in Deutschland angeführt werden. Die im internationalen Vergleich hohen Steuersätze und die vergleichsweise hohen Lohnstückkosten stellten ein Standorthandicap dar. Außerdem trug damals die Unsicherheit bezüglich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zur Investitionszurückhaltung bei. Und nicht zuletzt boten sich in dieser Zeit – etwa durch die wirtschaftliche Öffnung der Länder Mittel- und Osteuropas – neue internationale Anlagealternativen.

Abbildung 7

Exporte und Investitionen in Deutschland

Entwicklung der realen Exporte und der realen Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland¹⁾ in den einzelnen Konjunkturzyklen; Index: jeweiliger konjunktureller Tiefpunkt = 100



1) Bis 1990 Westdeutschland; ab 1991 Deutschland.

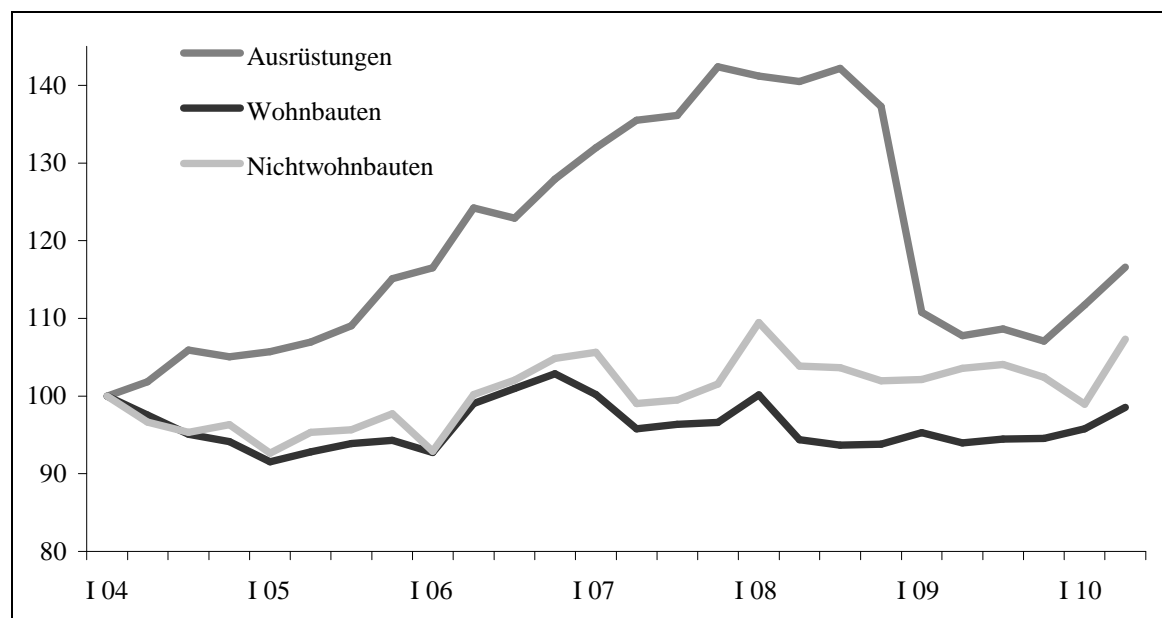
Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Der im Jahr 2008 zu Ende gegangene Aufschwung war dagegen wieder von einem bemerkenswert engen Gleichlauf von Exporten und Ausrüstungsinvestitionen geprägt. Im Zeitraum 2003 bis 2008 stiegen die realen Exporte um insgesamt 48 Prozent und die preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen um insgesamt 41 Prozent an. Das Krisenjahr 2009 war von einem starken Einbruch der Exporte und der Investitionen geprägt. Erfreulicherweise ist die in erster Linie über die Ausfuhrstätigkeit stimulierte Erholung im Jahr 2010 wieder von einer anziehenden Investitionstätigkeit begleitet (Abbildung 8).

Abbildung 8

Investitionstätigkeit in Deutschland

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttoanlageinvestitionen; Index 1. Quartal 2004 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen hängt von den folgenden Faktoren ab:

1. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie hat noch nicht ganz ihr Normalniveau erreicht. Mit einer Kapazitätsnutzung von nur gut 71 Prozent wurde im Frühjahr 2009 der tiefste Stand seit der Wiedervereinigung realisiert. Seitdem stieg die Auslastung auf gut 82 Prozent an. Zum Vergleich: Im Jahr 2007 belief sich der Grad der Kapazitätsauslastung auf 88 Prozent der betriebsüblichen Vollausschüttung. Gemäß ifo Investitionstest (Weichselberger, 2010) spielt die Erweiterung von Produktionskapazitäten wieder eine größere Rolle im Vergleich zu dem Krisenjahr 2009. Hierbei geht es den Unternehmen aber weniger um eine Ausweitung der Produktionskapazitäten bestehender Produkte, sondern vielmehr um eine Ausweitung der Produktpalette. Außerdem bestimmt der permanent hohe Modernisierungs- und Innovationsdruck die Investitionstätigkeit.

2. Die Änderung der Abschreibungsbedingungen zum Jahresbeginn 2011 lassen im zweiten Halbjahr 2010 vorgezogene Investitionen erwarten. Diese dürften sich auf rund 1 Milliarde Euro (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2010) belaufen, was gut ½ Prozent der Ausrüstungsinvestitionen entspricht. Im Jahr 2011 sind dann entsprechende Kontereffekte zu erwarten.

3. Die noch nicht im normalen Ausmaß ausgelasteten Kapazitäten, die weiterhin moderaten Inflationserwartungen sowie die reichliche und günstige Bereitstellung von Liquidität durch die Notenbanken werden auch im Jahr 2011 die Finanzierungskosten für Investitio-

nen auf einem relativ niedrigen Niveau halten. Auch wird in der Prognose eine nennenswerte Beeinträchtigung der Investitionstätigkeit als Folge einer Kreditklemme ausgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund wird die Erholung der Investitionstätigkeit mit Blick auf die Ausrüstungsinvestitionen – unter Berücksichtigung der Vorzieh- und Kontereffekte im Winterhalbjahr 2010/2011 infolge der geänderten Abschreibungsbedingungen – anhalten. Für das Jahr 2010 wird mit einem Zuwachs bei den realen Ausrüstungsinvestitionen in Höhe von $8\frac{1}{4}$ Prozent gerechnet. Im Jahr 2011 werden sie um $6\frac{1}{2}$ Prozent zulegen. Damit liegt das Investitionsniveau zum Jahresende 2011 zwar um fast 20 Prozent über dem Tiefpunkt im Jahr 2009, aber noch um gut 9 Prozent unter dem Höchstwert des letzten Aufschwungs.

Bauinvestitionen ohne Aufschwung

Bei den Bauinvestitionen ist zuletzt eine Erholung auf breiter Front zu beobachten (Abbildung 8): Bei den Wohnungsbauinvestitionen setzte sich die im dritten Quartal 2009 begonnene sachte Erholung fort. Im zweiten Quartal 2010 lagen die preis- und saisonbereinigten Wohnungsbauinvestitionen um 2,9 Prozent über dem Wert des Vorquartals. Der Vorjahreswert wurde um 5,7 Prozent übertroffen. Bei dem Nichtwohnungsbau – zu dem der öffentliche Bau und der Wirtschaftsbau zählen – war sogar ein Plus gegenüber dem ersten Quartal 2010 in Höhe von 8,5 Prozent zu verzeichnen. Es muss jedoch bedacht werden, dass diese Bausparte vergleichsweise stark unter dem strengen Winter gelitten hat. Im Vorjahresvergleich verzeichnet der Nichtwohnungsbau ein Plus in Höhe von 4,5 Prozent. Vor allem der öffentliche Bau hat auch zuletzt kräftig zugelegt. Hier war bereits im vergangenen Jahr infolge der staatlichen Konjunkturprogramme ein Zuwachs von 5 Prozent zu verbuchen – insgesamt sind die realen Bauinvestitionen im Jahr 2009 dagegen um 1,5 Prozent gesunken. Im Prognosezeitraum wird von den folgenden Entwicklungen ausgegangen:

1. Das Expansionstempo im ersten Halbjahr 2010 wird beim Wohnungsbau im weiteren Jahresverlauf nicht anhalten. Gleichwohl werden die besseren Arbeitsmarkt- und Einkommensperspektiven der privaten Haushalte und die Modernisierungsneigung in Verbindung mit den anhaltend günstigen Bauzinsen die Wohnungsbautätigkeit leicht zulegen lassen.
2. Der Wirtschaftsbau ist bereits im Gefolge der insgesamt erfreulichen Investitionstätigkeit angesprungen. Aber hier ist keine anhaltende Beschleunigung zu erwarten.
3. Der öffentliche Bau steht zunächst im Licht der staatlichen Konjunkturprogramme, die auch weiterhin noch ihre positiven Impulse entfalten. Allmählich laufen diese aber aus. Die dann fehlenden Impulse und die einsetzende Konsolidierung der Staatsfinanzen werden im kommenden Jahr allenfalls zu stagnierenden öffentlichen Bauinvestitionen führen.

Während bei den gesamten Bauinvestitionen im Jahr 2010 noch ein Plus von knapp 2 ½ Prozent zu erwarten ist, werden sie im Jahr 2011 mehr oder weniger auf der Stelle treten. Ein Plus in Höhe von ¼ Prozent wird für das Jahr 2011 prognostiziert. Dabei verlagern sich die Wachstumskräfte von den öffentlichen Bauinvestitionen hin zum Wirtschaftsbaue.

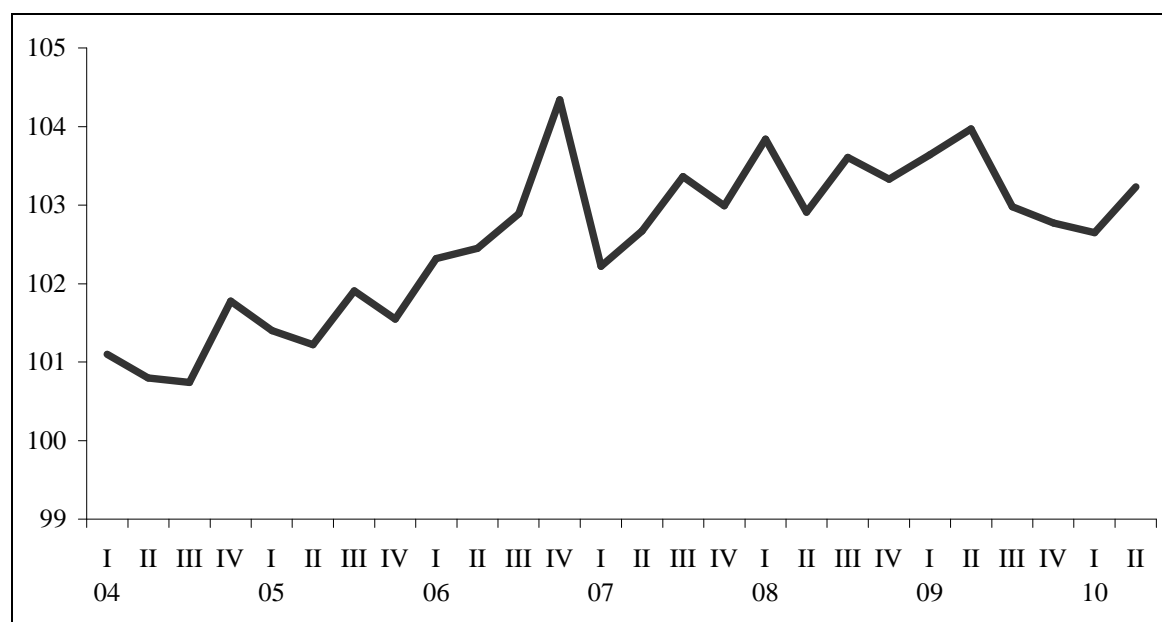
Konsum auf Erholungskurs

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte weisen seit geraumer Zeit einen richtungslosen Verlauf auf. Dabei haben politische Maßnahmen zumindest in zwei Fällen eine maßgebliche Rolle gespielt (Abbildung 9): Im Jahr 2006 sorgte die zum Januar 2007 angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer für markante Vorzieheffekte und eine anschließende Gegenbewegung. Im ersten Halbjahr 2009 stimulierten staatliche Maßnahmen wie die Umweltprämie für PKW den Privaten Konsum. Danach setzte ein vergleichsweise starker Rückgang ein, der bis in das erste Quartal 2010 anhielt.

Abbildung 9

Konsumentwicklung in Deutschland

Entwicklung des preis- und saisonbereinigten Privaten Konsums; Index 2000 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Im zweiten Quartal 2010 setzte offensichtlich die Wende beim Privaten Konsum ein. Gegenüber dem vorhergehenden Quartal stiegen die preis- und saisonbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte um 0,6 Prozent an. Der Vorjahreswert wurde gleichwohl noch um 0,7 Prozent verfehlt. Auch im gesamten ersten Halbjahr 2010 lagen die realen

Konsumausgaben um 0,7 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Für die jahresdurchschnittliche Veränderung des Konsums im Jahr 2010 schlägt auch der statistische Unterhang vom Jahr 2009 in Höhe von 0,6 Prozent negativ zu Buche.

Die privaten Konsumausgaben in den Jahren 2010 und 2011 werden von den folgenden Einflussfaktoren bestimmt:

1. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt hat bereits die Erholung im zweiten Quartal 2010 angetrieben. Diese den Konsum stimulierenden Effekte werden weiterhin von der Arbeitsmarktentwicklung ausgehen. Die Arbeitnehmerentgelte werden im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um 1 ½ Prozent und im kommenden Jahr etwas stärker zulegen.
2. Die Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte steigen im Jahr 2010 infolge der steuerlichen Absetzbarkeit der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, durch ein höheres Kindergeld und niedrigere Einkommensteuersätze. Im Jahr 2011 bremsen einzelne Transferkürzungen und eine höhere Belastung mit Sozialabgaben (höhere Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung) die Entwicklung der Verfügbaren Einkommen.
3. Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte erhöhen sich in diesem und im kommenden Jahr infolge der sich verbessernden Gewinnsituation der Unternehmen.
4. Die Sparquote der privaten Haushalte geht leicht auf gut 11 Prozent zurück. Dies hängt einerseits mit der günstigen Arbeitsmarktentwicklung und andererseits mit den niedrigen Zinsen zusammen.
5. Die Verbraucherpreise stiegen in Deutschland in den ersten acht Monaten dieses Jahres gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um knapp 1 Prozent an. Die Inflationserwartungen sind angesichts der sich noch im Normalisierungsprozess befindenden Wirtschaft und der wieder rückläufigen Lohnstückkosten moderat. Auch vonseiten der Wechselkurs- und Rohstoffpreisentwicklung drohen im weiteren Prognosezeitraum keine größeren Preiseffekte. Für das Jahr 2010 wird eine Teuerungsrate von 1 Prozent erwartet. Im kommenden Jahr steigen die Verbraucherpreise gegenüber dem Jahr 2010 um 1 ¼ Prozent.

Der Private Konsum wird im Prognosezeitraum seine Aufwärtsentwicklung stetig fortsetzen, allerdings nicht mit dem Tempo des zweiten Quartals 2010. Die kräftige Erholung insgesamt resultiert in erster Linie aus der günstigen Arbeitsmarktentwicklung und ihrer Ausstrahlung auf die Konsumneigung der privaten Haushalte. Die realen Konsumausgaben werden im Jahr 2010 stagnieren, was allerdings mit dem deutlichen statistischen Unterhang des vergangenen Jahres zu erklären ist. Bei nahezu gleich bleibendem Expansionstempo werden die realen Konsumausgaben im Jahresdurchschnitt 2011 das entsprechende Vorjahresniveau um 1 Prozent übertreffen.

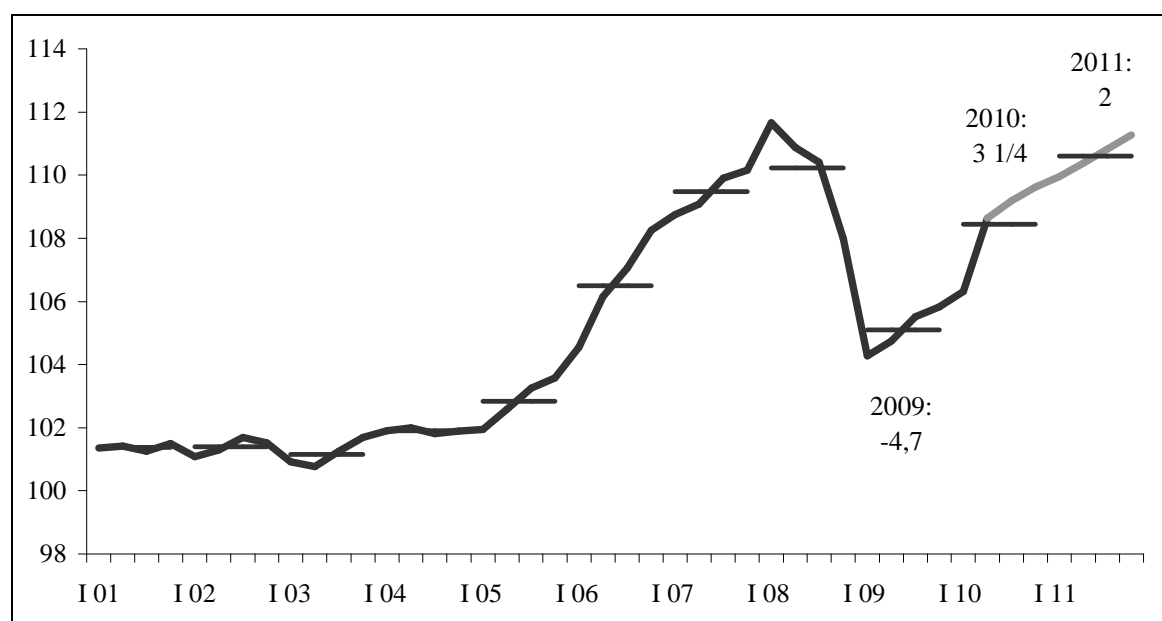
Stetiger gesamtwirtschaftlicher Aufschwung

Die deutsche Wirtschaft ist unerwartet stark in das Jahr 2010 gestartet. Bildlich gesprochen, ist der Verlauf vergleichbar mit dem Buchstaben V. Dieses Wachstumstempo wird sich im weiteren Jahresverlauf 2010 nicht fortsetzen. Gleichwohl wird das reale BIP im Jahresdurchschnitt 2010 um gut $3\frac{1}{4}$ Prozent über dem Vorjahresniveau liegen. Das entspricht im Großen und Ganzen dem Plus in den wachstumsstarken Jahren 2000 und 2006. Freilich waren diese beiden Jahre nicht von einem so gewaltigen Einbruch bei der gesamtwirtschaftlichen Leistung im jeweiligen Vorjahr begleitet. Im vergangenen Jahr sank das reale BIP in Deutschland um 4,7 Prozent.

Abbildung 10

BIP-Verlauf in Deutschland

Entwicklung des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP; Index 2000 = 100 und Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Die Ausföhrttätigkeit der deutschen Industrie wird im gesamten Prognosezeitraum das gesamtwirtschaftliche Wachstum prägen und bestimmen. Gleichwohl ist bereits in diesem Jahr ein Wechsel der Auftriebskräfte hin zu einer stärkeren Bedeutung der Binnennachfrage zu beobachten. Der Exportfunke ist bereits auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen überggesprungen. Mit der weiteren Verstetigung der Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung wird auch der Private Konsum immer stärkere Wachstumsbeiträge liefern. Mit dem Auslaufen der Normalisierungseffekte im Gefolge des stärksten Wirtschaftseinbruchs in Deutschland in den letzten sechs Dekaden schwächt sich das konjunkturelle Tempo

etwas ab. Im Jahr 2011 wird das reale BIP um gut 2 Prozent über dem Vorjahreswert liegen. Dabei ist eine stetige Aufwärtsentwicklung zu beobachten (Abbildung 10). Das jahresdurchschnittliche BIP wird im Jahr 2011 bereits die Jahresdurchschnitte von 2007 und 2008 übertreffen. Im vierten Quartal 2011 wird fast wieder das Produktionsniveau des letzten konjunkturellen Höhepunkts im ersten Quartal 2008 erreicht.

Steigende Beschäftigung

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes war die große Überraschung im Zuge des Konjunkturunbruchs 2009. Die erwartete Reduzierung der Anzahl der Erwerbstätigen blieb aus. Stattdessen verringerte sich die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen. Der resultierende Rückgang des Arbeitsvolumens entsprach mit 2,5 Prozent dennoch nicht dem Rückgang der Produktion, die um 4,7 Prozent schrumpfte. Die Unternehmen hielten trotz der umfangreichen Nutzung verschiedener Instrumente zur Arbeitszeitreduktion, wie zum Beispiel der Kurzarbeit, Personal über den für die aktuelle Produktionsmenge erforderlichen Umfang hinaus und nahmen dabei in Kauf, dass die Lohnstückkosten erheblich anstiegen. Diese Strategie gründete auf der Erwartung, dass die Produktion bald wieder zunehmen werde und dann Fachkräfte gebraucht werden, die auf dem Arbeitsmarkt nur unter Schwierigkeiten rekrutiert werden können. Wie sich nunmehr abzeichnet, ging diese Strategie auf. Für den Arbeitsmarkt trat das Szenario ein, mit dem größere Verwerfungen zu verhindern waren: Eine massive, von Unternehmen, Arbeitnehmern und aus Steuermitteln finanzierte Arbeitszeitverkürzung, die im Zuge einer schnellen und kräftigen konjunkturellen Erholung wieder zurückgefahren werden kann.

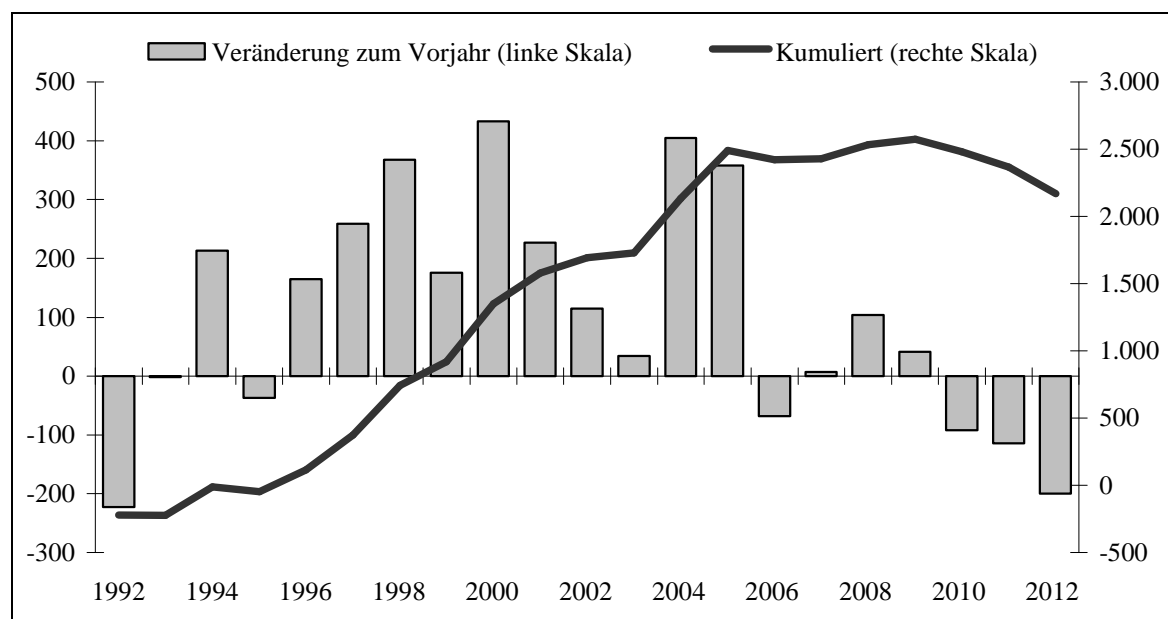
Die Hortung von Arbeitskräften durch Unternehmen ist in Deutschland keineswegs üblich. In vergangenen konjunkturellen Krisen reagierten Unternehmen noch weit stärker mit einem Abbau von Beschäftigung – sei es durch Entlassungen oder durch ausbleibende Einstellungen. Im Jahr 2002 ging die Erwerbstätigkeit um 0,6 Prozent zurück, obwohl der konjunkturelle Rückschlag, der 2001 einsetzte, nicht mit dem Einbruch im Jahr 2009 zu vergleichen war. Ein Grund für diese Neuausrichtung betrieblicher Personalstrategien in der Krise ist die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots. In der Vergangenheit sorgte seine kräftige Expansion dafür, dass Unternehmen nach Überwindung einer Phase mit schwacher Auslastung vergleichsweise problemlos Personal rekrutieren konnten, mit dem das Produktionsniveau schnell wieder erhöht werden konnte. Bis zum Jahr 2005 stieg die Anzahl der Erwerbspersonen um 2,5 Millionen an (Abbildung 11). Seitdem jedoch geriet das Wachstum ins Stocken. In den nächsten Jahren ist – unter Annahme einer konstanten Erwerbsneigung – mit einem deutlichen, demografisch bedingten Rückgang zu rechnen. Zwar wird die Erwerbsbeteiligung der Älteren weiter steigen, solange der Gesetzgeber nicht neue Früh-

verrentungspfade eröffnet. Doch dies wird zum Teil durch eine sinkende Erwerbsneigung der jüngeren Altersgruppen kompensiert, die tendenziell länger im Bildungssystem verharren (BIBB, 2010, 180). Im Ergebnis ist mit einem Rückgang des Arbeitsangebots zu rechnen, der von den Unternehmen bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt antizipiert wird.

Abbildung 11

Erwerbspersonen in Deutschland

Veränderung der Anzahl der Erwerbspersonen gegenüber dem Vorjahr und kumulierte Veränderung in 1.000 Personen



2010 bis 2012: IW-Schätzungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die unternehmerischen Personalstrategien in der Krise wirken auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes in diesem Jahr nach. Das Wachstum der Erwerbstätigkeit wird – angesichts des kräftigen Wachstums der Produktion – mit $\frac{1}{4}$ Prozent vergleichsweise gering ausfallen. Die Unternehmen nehmen zunächst die Arbeitszeitverkürzungen zurück, um das Arbeitsvolumen auszuweiten. Die Anzahl der Empfänger von Kurzarbeitergeld aus konjunkturellen Gründen wird von jahresdurchschnittlich 1,1 Millionen im Jahr 2009 mindestens halbiert. Allein dadurch wird die durchschnittliche Arbeitszeit pro Arbeitnehmer und Jahr um sechs bis sieben Stunden ansteigen. Hinzu kommt ein Wiederaufbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten. Ein deutlicher Aufbau von Überstunden ist nicht zu erwarten, da gegen den konjunkturellen Trend ein struktureller Trend arbeitet, demzufolge die Anzahl der Überstunden langfristig abnimmt. Verkürzend auf die durchschnittliche Arbeitszeit wirkt sich hingegen ein steigender Anteil von Teilzeitbeschäftigung aus. Die überproportionale

Zunahme von Teilzeit vermindert sich üblicherweise erst im Verlauf einer lang anhaltenden Aufschwungphase. Die genannten Faktoren resultieren in einer kräftigen Erhöhung der Arbeitszeit je Erwerbstätigen von knapp 1 ½ Prozent. Im Ergebnis kann der Arbeitsmarkt einen Wachstumsbeitrag von 1 ½ Prozentpunkten leisten.

Die Arbeitslosigkeit wird sich im Jahr 2010 günstiger entwickeln, als es das moderate Wachstum der Erwerbstätigkeit erwarten lässt: Einem Zuwachs von 80.000 Erwerbstätigen steht ein Rückgang der Arbeitslosigkeit um 170.000 Personen gegenüber. Dies ist ein neues Phänomen, das mit der Verknappung des Arbeitskräfteangebots zusammenhängt. Im Aufschwung im Zeitraum 1998 bis 2000 fiel das Wachstum der Erwerbstätigkeit mit knapp 1,7 Millionen noch weit höher aus als der Abbau der Arbeitslosigkeit, der sich in diesem Zeitraum auf lediglich eine knappe halbe Million Personen summierte. Im letzten Aufschwung in den Jahren 2006 bis 2008 standen 1,4 Millionen zusätzlichen Erwerbstätigen schon 1,6 Millionen weniger Arbeitslose gegenüber. Vorausgesetzt, das Arbeitskräfteangebot erfährt keine Ausweitung – etwa durch eine wieder anziehende Zuwanderung im Zuge der Herstellung der vollen Freizügigkeit gegenüber den im Jahr 2004 zur EU beigetretenen ost- und mitteleuropäischen Ländern –, dann wird auch künftig die Arbeitslosigkeit schneller schrumpfen, als die Erwerbstätigkeit zunimmt. Allerdings wird eine hohe Arbeitskräftenachfrage mit schrumpfendem Arbeitsangebot allein nicht ausreichen, um den strukturellen Kern der Arbeitslosigkeit aufzulösen. Dieser wird durch Mismatch und Anreizprobleme determiniert. Um diese Probleme zu lösen, bedarf es weitergehender Reformen im Bereich der sozialen Grundsicherung (Schäfer, 2008). Fraglich ist auch, inwieweit die stark sinkende Arbeitslosigkeit bereits ein Signal für einen zumindest regionalen und funktionalen Arbeitskräftemangel ist, der zukünftige Wachstumsperspektiven beeinträchtigt (Erdmann, 2010). Insofern ist die Einschränkung des Arbeitsangebots oder das Warten auf das Eintreten gleichlaufender demografischer Effekte keine tragfähige Perspektive zur Herstellung von Vollbeschäftigung.

Der relativ kräftige Abbau der Arbeitslosigkeit wird sich auch im nächsten Jahr fortsetzen (Tabelle 2). Der Jahresdurchschnitt 2011 wird sich in Richtung auf die 3-Millionen-Marke bewegen und in einzelnen Monaten deutlich darunter liegen. Trotz des sich abschwächenden BIP-Wachstums wird sich die Schaffung neuer Arbeitsplätze leicht beschleunigen. Denn die Möglichkeit der Unternehmen, einer zunehmenden Arbeitskräftenachfrage mit einer Ausweitung der Arbeitszeit zu begegnen, stößt zunehmend an Grenzen. Hinzu kommt ein kalenderbedingter Rückgang der Anzahl der potenziellen Arbeitstage. Dennoch werden insgesamt in den Jahren 2010 und 2011 ungeachtet hoher Wachstumsraten des BIP nur 260.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Dies liegt deutlich unterhalb des Zuwachses, der

üblicherweise erwartet werden kann und stellt den Preis für die Beschäftigungsstabilität des Krisenjahres 2009 dar. Angesichts dessen, dass die Erwerbstätigkeit im Jahr 2011 den höchsten Stand aller Zeiten aufweisen und die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Stand seit 1992 fallen wird, erscheint der Preis jedoch keineswegs zu hoch. Für diese Einschätzung spricht zudem, dass der Arbeitsmarkt in der Krise nicht in alte Reaktionsmuster zurückfiel. Von der Verbesserung der Arbeitsmarktlage profitierten mit Älteren, Jugendlichen oder Ausländern auch die Personengruppen, die in früheren Krisen als Erste von verschlechterten Beschäftigungsmöglichkeiten betroffen waren.

Tabelle 2

Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung in Deutschland

	2009	2010	2011	2010	2011
	Absolut			Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	
Erwerbstätige im Inland (in 1.000)	40.271	40.350	40.530	¼	½
Arbeitszeit (in Stunden)	1.390	1.410	1.415	1 ½	½
Arbeitsvolumen (in Mrd. Stunden)	55,98	56,89	57,35	1 ½	¾
Reales BIP	–	–	–	3 ¼	2
Reales BIP je Erwerbstätigen	–	–	–	3	1 ½
Reales BIP je Erwerbstätigenstunde	–	–	–	1 ¾	1 ¼
Erwerbslose nach ILO (in 1.000)	3.227	3.120	2.930	–	–
Erwerbslosenquote (in Prozent)	7,4	7 ¼	6 ¾	–	–
Registrierte Arbeitslose (in 1.000)	3.423	3.250	3.030	–	–
Arbeitslosenquote (in Prozent)	8,2	7 ½	7	–	–

Quellen: BA; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Öffentlicher Haushalt besser als erwartet

Im Jahr 2009 rutschten die öffentlichen Haushalte durch die Finanz- und Wirtschaftskrise in ein Defizit. Mit 3 Prozent des BIP fiel es hinsichtlich der Schwere der Krise aber noch relativ moderat aus. Im Jahr 2010 wird sich das Defizit weiter erhöhen (Tabelle 3). Denn zum einen werden die zur konjunkturellen Stabilisierung beschlossenen Maßnahmen zu einem guten Teil erst 2010 ausgabenwirksam, und zum anderen geht das Steueraufkommen gegenüber dem Vorjahr zurück. Die überraschend gute konjunkturelle Entwicklung lässt den Finanzierungssaldo aber deutlich besser ausfallen, als es ursprünglich prognostiziert wurde. Mit 98,7 Milliarden Euro oder knapp 4 Prozent des BIP ist das Defizit rund

1 ½ Prozentpunkte niedriger als vor einem Jahr erwartet wurde (IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2009b).

Tabelle 3

Staatskonto für Deutschland

	2009	2010	2011
	in Milliarden Euro		
Einnahmen	1.066,0	1.066,0	1.095,0
Steuern	564,5	559,7	572,7
Sozialbeiträge	409,9	417,0	428,2
Ausgaben	1.138,7	1.164,6	1.171,7
Arbeitnehmerentgelt	177,6	181,0	183,4
Soziale Leistungen	640,1	653,2	657,6
Bruttoinvestitionen	39,3	42,2	41,2
Finanzierungssaldo	-72,7	-98,7	-76,7
	in Prozent des BIP		
Staatsquote	47,5	46 ½	45 ½
Abgabenquote	40,1	38 ½	38 ¼
Finanzierungssaldo	-3,0	-4	-3

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Der Hauptgrund für die positive Entwicklung im Jahr 2010 sind die aufgrund des unerwartet positiven Konjunkturverlaufs höher ausfallenden Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen. Zwar liegen die Einnahmen 2010 insgesamt nur auf dem Niveau des Vorjahres, sie fallen aber ungeachtet dessen um mehr als 30 Milliarden Euro höher aus, als noch vor einem Jahr prognostiziert wurde. Dazu tragen sowohl die Sozialbeiträge als auch die Steuereinnahmen bei. Denn durch die gute Arbeitsmarktentwicklung leidet das Aufkommen der beiden größten Steuerarten, der Lohn- und der Mehrwertsteuer, im Jahr 2010 kaum unter den Nachwirkungen der Wirtschaftskrise. Allerdings sorgen Steuerrechtsänderungen insgesamt für einen leichten Aufkommensrückgang im Jahr 2010.

Das Konjunkturpaket II enthält eine moderate Anpassung des Einkommensteuertarifs, und durch das Bürgerentlastungsgesetz können seit 2010 die individuellen Aufwendungen für die Kranken- und Pflegeversicherung in Höhe der gesetzlichen Grundversorgung vollständig steuerlich geltend gemacht werden. Beides zusammen sorgt 2010 für Mindereinnahmen von mehr als 8 Milliarden Euro. Bei einem Steueraufkommen von insgesamt knapp 560 Milliarden Euro entspricht dies mehr als dem 1,5-Fachen der gesamten vom IW Köln

prognostizierten Aufkommenseinbußen gegenüber dem Vorjahr. Damit kann die Wirtschaftskrise hinsichtlich der Entwicklung des Steueraufkommens als überwunden gelten, sofern es nicht zu unvorhergesehenen Rückschlägen kommt. Bei den Sozialbeiträgen war kein Einnahmerückgang zu verzeichnen, weder krisen- noch reformbedingt. Während die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen im Jahr 2009 noch gegenüber dem Vorjahr stagnierten, ist im Jahr 2010 mit einem Plus von rund 7 Milliarden Euro zu rechnen, sodass insgesamt ein neuer Höchststand von 417 Milliarden Euro erreicht wird.

Die Ausgaben des Jahres 2010 liegen wie in den vorausgegangenen Prognosen nahezu unverändert bei rund 1.165 Milliarden Euro. Die sozialen Leistungen beanspruchen dabei die Hälfte des Anstiegs von 26 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr. Den Hauptbeitrag dazu leistet die Gesetzliche Krankenversicherung. Ihre Ausgaben für gesundheitliche Leistungen steigen voraussichtlich um rund 6,5 Milliarden Euro. Dagegen nehmen die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) aufgrund der guten Arbeitsmarktentwicklung ab. Auch hier ist die Wirtschaftskrise nicht mehr die treibende Kraft der Entwicklung.

Auswirkungen des Haushalts 2010 für die Zukunft

Der Bundeshaushalt 2010 ist die Ausgangsbasis für die von der Schuldenbremse bis 2016 vorgeschriebene Konsolidierung. Das strukturelle Defizit des Jahres 2010 muss bis dahin in gleich bleibenden Schritten auf 0,35 Prozent des BIP zurückgeführt werden. Dem entsprechen rund 10 Milliarden Euro im Jahr 2016 (Abbildung 12). In der letzten Finanzplanung vom Juli 2010 rechnete das Bundesministerium der Finanzen (BMF, 2010) mit einer Nettokreditaufnahme von 65,2 Milliarden Euro, in der ein strukturelles Defizit von 53,2 Milliarden Euro enthalten ist (Tabelle 4). Eine wesentliche Komponente davon ist der Defizitausgleich der BA. Normalerweise ist vorgesehen, dass der Bund der BA ein Darlehen gibt, wenn deren Einnahmen nicht zur Deckung der Ausgaben ausreichen. Dies hat keinen Einfluss auf das strukturelle Defizit des Bundes. Denn der Betrag wird als Bestandteil des Postens „Saldo der finanziellen Transaktionen“ von der strukturellen Nettokreditaufnahme des Bundes abgezogen. Im Jahr 2010 soll die BA aber abweichend von der Standardregelung einen Zuschuss erhalten. Dieser erscheint nicht in den finanziellen Transaktionen, wodurch sich das strukturelle Defizit des Bundes erhöht. Dieser Zuschuss war im ersten Haushaltsentwurf mit 20 Milliarden Euro veranschlagt und wurde dann sukzessive reduziert. Seine endgültige Höhe ist kaum prognostizierbar. Daher ist auch die Einschätzung des strukturellen Defizits des Bundes für das Jahr 2010 schwierig.

Nach gegenwärtigem Stand dürfte der Bund 2010 sein Defizit gegenüber den Planungen vom Juli 2010 um 8 bis 12 Milliarden Euro verringern. Geht man davon aus, dass sich

dadurch auch das strukturelle Defizit um 10 Milliarden Euro reduziert, beträgt es noch 43 Milliarden Euro. Dies würde in den Folgejahren zu einem deutlich niedrigeren zulässigen strukturellen Defizit führen (Abbildung 12). Anstelle der für 2011 im Finanzplan veranschlagten 45,8 Milliarden Euro wäre dann gemäß den Regelungen der Schuldenbremse nur noch ein strukturelles Defizit von 37,7 Milliarden Euro zulässig. Demnach bleibt auch bei besseren Konjunkturaussichten der Konsolidierungsdruck für den Bundeshaushalt grundsätzlich bestehen. Lediglich der Betrag, um den das strukturelle Defizit jährlich zurückgeführt werden muss, würde sich leicht verringern – im dargestellten Fall von 7,4 auf 5,5 Milliarden Euro.

Tabelle 4

Strukturelle Nettokreditaufnahme des Bundes im Jahr 2010

Angaben gemäß Finanzplan in Milliarden Euro

Erwartete Nettokreditaufnahme	65,2
Saldo der finanziellen Transaktionen	0,0
Konjunkturkomponente	-12,0
Strukturelle Nettokreditaufnahme	53,2

Quellen: BMF; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



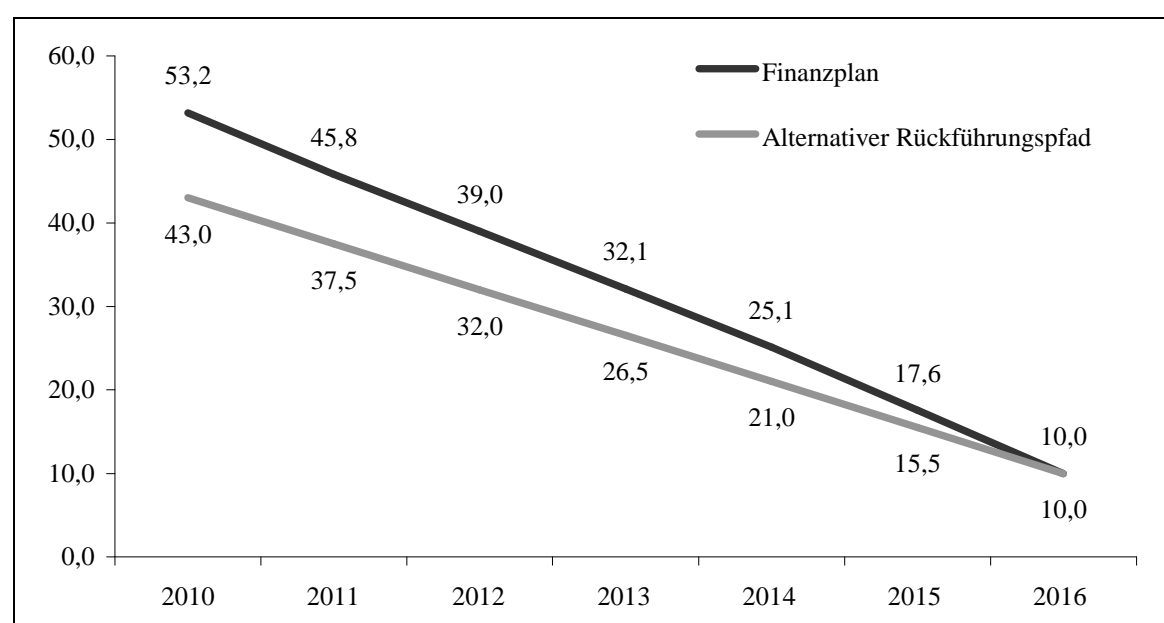
Im Jahr 2011 wird sich die Situation der öffentlichen Haushalte weiter verbessern. Vor allem, weil die Einnahmen gegenüber 2010 voraussichtlich um rund 30 Milliarden Euro auf 1.095 Milliarden Euro zunehmen. Das Wachstum der Ausgaben bleibt demgegenüber mit rund 7 Milliarden Euro vergleichsweise moderat. In der Folge geht der Finanzierungssaldo auf 77 Milliarden Euro zurück. Dies entspricht 3 Prozent des BIP. Damit besteht die Chance, dass bereits 2011 die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts wieder eingehalten werden. Den Hauptbeitrag zu den steigenden Einnahmen leistet das Steueraufkommen. Konjunkturbedingt wird es um rund 8 Milliarden Euro zunehmen. Hinzu kommen 5 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen aus dem Zukunftspaket der Bundesregierung. Die Sozialbeiträge verzeichnen einen Zuwachs von gut 11 Milliarden Euro – nicht zuletzt aufgrund der Beitragssatzanhebung in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Auf der Ausgabenseite steigen die Aufwendungen für soziale Leistungen trotz des Sparprogramms der Bundesregierung um 4,4 Milliarden Euro auf 657,6 Milliarden Euro an. Ein wesentlicher Verursacher des Anstiegs ist wie bereits 2010 die Gesetzliche Krankenversicherung. Zum einen ist aufgrund der geringen Erfolge vergangener Kostendämpfungsmaßnahmen zu befürchten, dass auch mit der aktuellen Agenda des Gesundheitsministeriums kaum das avisierte Einsparvolumen vollständig erzielt werden kann. Zum anderen verhin-

dert die Anhebung des Beitragssatzes von 14,9 auf 15,5 Prozent, dass bereits im nächsten Jahr flächendeckend kassenindividuelle Zusatzprämien erhoben werden – mit der Folge, dass der Wettbewerbsdruck auf die Kassen erst einmal nicht zunimmt. Der bislang ungebremst überproportionale Anstieg der Pro-Kopf-Ausgaben wird die Entwicklung auch im Jahr 2011 dominieren.

Abbildung 12

Strukturelles Defizit in Deutschland

Angaben für den Bund gemäß Finanzplan und eines alternativen Rückführungspfads in Milliarden Euro



Quellen: BMF; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Das Zukunftspaket der Bundesregierung zur Haushaltssanierung hat 2011 für alle Gebietskörperschaftsebenen ein Volumen von 11,5 Milliarden Euro, von denen 11,2 Milliarden Euro auf den Bund entfallen. Allein dadurch sinkt das staatliche Defizit in Relation zum BIP um 0,4 Prozentpunkte. Da die Konsolidierungserfordernisse voraussichtlich leicht abnehmen werden, können bei der vollständigen Umsetzung des Zukunftspakets die Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten werden.

Wirtschaftspolitik mit Fokus auf Investitionen

Früher und mit einem höheren Tempo als von vielen erwartet, hat sich die deutsche Volkswirtschaft aus der schwersten Nachkriegsrezession befreit. Noch ist der tiefe Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Produktion nicht aufgeholt, aber die Wirtschaft ist auf einem guten Weg. Vieles spricht dafür, dass sie an alte Erfolge anknüpfen kann und nicht mit

einer Strukturkrise konfrontiert ist, die auf lange Sicht die Auftriebskräfte lähmen wird. Dies nährt die Hoffnung, dass in der Krise das Produktionspotenzial keinen großen Schaden genommen hat. Zumindest trifft dies für die Realwirtschaft zu, für den Finanzsektor gilt dies wohl nur mit Einschränkung. Die Wachstumsrate des Produktionspotenzials war allerdings schon vor der Krise mit rund 1,5 Prozent niedrig, sodass die wirtschaftspolitische Aufgabe einer Stärkung des Potenzialwachstums unvermindert höchste Priorität haben sollte. Im Fokus der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion stehen die Entwicklung der öffentlichen Haushalte und die Stärkung der Binnennachfrage.

Die öffentlichen Haushalte profitieren von der höheren Wachstumsdynamik in diesem und im nächsten Jahr durch höhere Steuereinnahmen und geringere Transferausgaben in erheblichem Umfang. Das Defizit steigt 2010 zwar an, bleibt aber deutlich hinter den noch zu Anfang des Jahres erwarteten Werten zurück. Mit 3 Prozent erreicht Deutschland im Jahr 2011 schon wieder die von dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgegebene Norm. Das Ziel der Bundesregierung, die Maastricht-Norm spätestens im Jahr 2013 wieder zu erfüllen, könnte somit zwei Jahre früher erreicht werden. Allerdings darf die Finanzpolitik dies nicht als Signal auffassen, die Konsolidierungsanstrengungen zu lockern. Denn konjunkturelle Mehreinnahmen mindern nach der Logik der Schuldenbremse nicht die Konsolidierungsnotwendigkeiten. Die Schuldenbremse verlangt eine Rückführung des strukturellen Defizits. Abbildung 12 zeigt, dass selbst bei einem um 10 Milliarden Euro geringeren strukturellen Defizit im Jahr 2010 in den Folgejahren erhebliche Konsolidierungsanstrengungen notwendig sind. Mit dem Haushaltsentwurf 2011 und dem Finanzplan bis 2014 hat die Bundesregierung einen Konsolidierungskurs eingeschlagen, der Haushaltsentlastungen in Form von Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen bis 2014 von kumuliert knapp 82 Milliarden Euro vorsieht. Damit werden bis 2014 sowohl die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts als auch der Schuldenbremse eingehalten. Auch unter Wachstumsaspekten sind die Schwerpunkte grundsätzlich richtig gesetzt. Im Wesentlichen wird der Rotstift bei den konsumtiven Staatsausgaben angesetzt, Kürzungen bei den öffentlichen Investitionen und den Bildungsausgaben – beides Bestimmungsfaktoren des Wachstumspotenzials – sind nicht vorgesehen. Unter Wachstumsgesichtspunkten wünschenswert wäre es allerdings, wenn noch stärkere Einschnitte bei den Ausgaben, besonders bei den Subventionen, vorgenommen würden und weniger auf Steuererhöhungen gesetzt würde. Ob das geplante Einsparvolumen tatsächlich erreicht wird, ist zudem fraglich. Der Finanzplan sieht beispielsweise für das Jahr 2014 eine globale Minderausgabe von 5,6 Milliarden Euro vor, die im Einzelnen erst noch inhaltlich konkretisiert werden muss. Außerdem muss der Bund in den Jahren 2015 und 2016 weitere Konsolidierungsschritte vornehmen, um im Jahr 2016 die Zielmarke der Schuldenbremse, ein strukturelles

Defizit von maximal 0,35 Prozent des BIP, auch zu erreichen. Die Bundesregierung sollte den eingeschlagenen Konsolidierungskurs konsequent fortsetzen.

Die Aufschwungkräfte kamen zunächst überwiegend aus dem Export. Dies führt auch zu der Forderung einer Stärkung der Binnennachfrage, um den Aufschwung zu festigen und die Abhängigkeit von weltwirtschaftlichen Entwicklungen zu verringern. Das Anliegen ist grundsätzlich richtig, nicht aber der Vorschlag, dies über kräftige Lohnerhöhungen zu erreichen. In normalen wirtschaftlichen Zeiten ist der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt ein guter Indikator für den lohnpolitischen Verteilungsspielraum. Das trifft aber aktuell nicht zu. Im Krisenjahr 2009 passten viele Unternehmen die Anzahl ihrer Arbeitskräfte und das geleistete Arbeitsvolumen nicht an die sinkende Produktion an und nahmen hohe Produktivitätsverluste und stark steigende Lohnstückkosten in Kauf. Im Verarbeitenden Gewerbe beispielsweise, das stark in die internationale Arbeitsteilung eingebunden ist, ging die Produktivität je Stunde im Jahr 2009 um 9,2 Prozent zurück, und die Lohnstückkosten schossen um 15,7 Prozent in die Höhe. Die Produktivitätsgewinne in diesem Jahr sind deshalb notwendig, um den starken Anstieg der Lohnstückkosten wieder ein Stück weit zu korrigieren. Wer sie in höheren Löhnen weitergibt, riskiert, dass Arbeitsplätze verloren gehen.

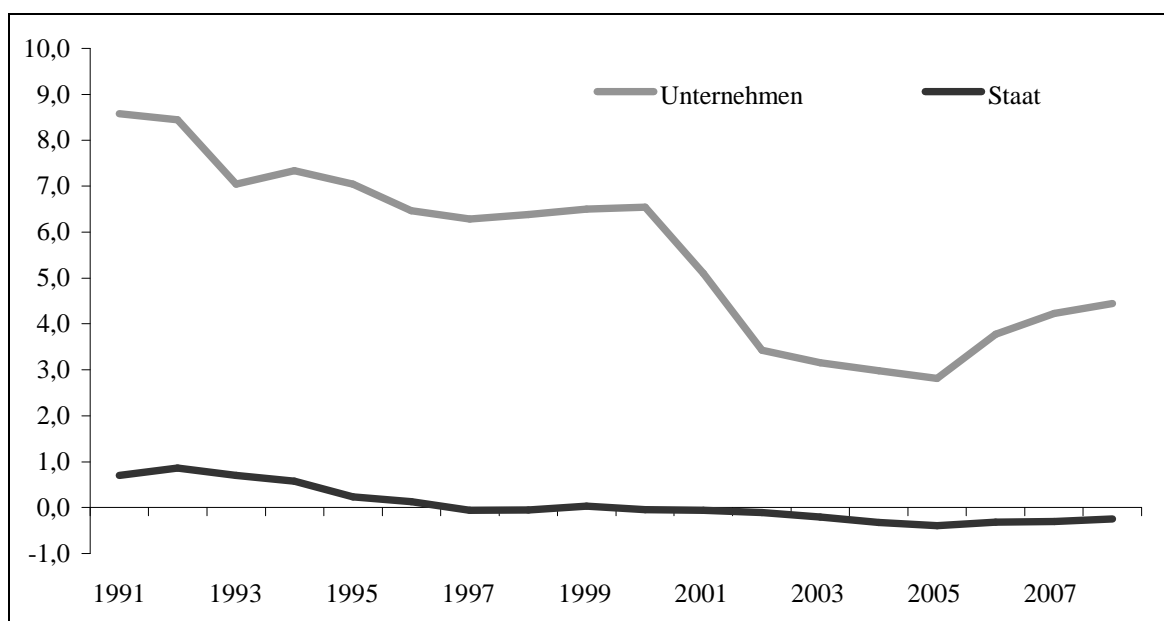
Auch ist die Vorstellung falsch, nur über Lohnerhöhungen ließen sich der Private Konsum und die Binnennachfrage stärken. Zum einen hängt die Entwicklung des Privaten Konsums weniger stark von der Lohndynamik als vielmehr von der Beschäftigungsentwicklung ab. Empirische Analysen zeigen: Nimmt die Beschäftigung um 1 Prozent zu, steigt der Private Konsum um 0,8 Prozent, steigt der Reallohn um 1 Prozent, wächst der Private Konsum hingegen lediglich um 0,2 Prozent (Lesch, 2007, 36). Für den Privaten Konsum ist somit der Beschäftigungshebel um den Faktor vier wirksamer als der Lohnhebel. Vor diesem Hintergrund ist eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik der beste Weg zur dauerhaften Stärkung der Konsumnachfrage. Dort, wo es Gewinnbeteiligungssysteme gibt, werden auch die Arbeitnehmer unmittelbar von einer verbesserten Ertragslage profitieren. Hinzu kommt, dass bereits bestimmte Qualifikationen am Arbeitsmarkt knapp sind. Der Wettbewerb um knappe Arbeitskräfte wird tendenziell zu steigenden Löhnen für diese Arbeitskräfte führen und über eine positive Lohndrift für eine knappheitsorientierte Differenzierung der Lohnstruktur sorgen. Dies ist mit Blick auf den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Entwicklung jedoch besser als einen vermeintlichen Lohnerhöhungsspielraum für eine allgemeine Verbesserung der Einkommen zu nutzen.

Zudem übersehen die Befürworter einer expansiven Lohnpolitik, dass die Binnennachfrage nicht nur aus Konsum, sondern auch aus Investitionen besteht. Für die Gesamtnachfrage ist nichts gewonnen, wenn der Private Konsum steigt, die Investitionen aber sinken, weil überzogene Lohnerhöhungen Investitionspläne gefährden. Außerdem erhöhen Investitionen in das Sachkapital das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft und tragen somit zu nachhaltig verbesserten Wachstumschancen einer Volkswirtschaft bei.

Abbildung 13

Nettoinvestitionen von Unternehmen und Staat

Bruttoanlageinvestitionen abzüglich Abschreibungen in Prozent des BIP



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Bei den Investitionen besteht trotz der raschen Erholungstendenz allerdings nach wie vor dringender Handlungsbedarf. Die Nettoinvestitionen – also die Bruttoanlageinvestitionen abzüglich der Abschreibungen – sind seit 1991 trendmäßig deutlich gefallen. Das gilt sowohl für die Nettoinvestitionen der Unternehmen als auch für die des Staates (Abbildung 13). Insgesamt hatten die Nettoinvestitionen im Jahr 2008 nur noch einen Anteil von 4,2 Prozent am BIP, 1991 waren es noch 9,3 Prozent. Der Staat hat seit 2001 Jahr für Jahr, also selbst im Aufschwung mit entsprechend schnell wachsenden Steuereinnahmen, weniger investiert, als es die Abschreibungen erforderten. Bei den Nettoinvestitionen der Unternehmen ist seit dem Tiefstand mit 3,0 Prozent des BIP im Jahr 2004 in den Folgejahren wieder eine deutliche Erholung zu erkennen. Innerhalb von drei Jahren kletterte die Nettoinvestitionsquote der Unternehmen wieder auf 4,4 Prozent.

Sorge sollte der Wirtschaftspolitik deshalb weniger der Private Konsum, sondern vielmehr die Investitionstätigkeit bereiten. Hier gilt es, die Rahmenbedingungen für eine weitere Erholung der unternehmerischen Investitionen zu verbessern. Beispielsweise sollte in Erwägung gezogen werden, die bis Ende dieses Jahres befristet eingeführte degressive Abschreibung für Ausrüstungsinvestitionen dauerhaft zu gewähren. Der Staat selbst muss in den nächsten Jahren der Versuchung widerstehen, den vermeintlich leichten Weg der Konsolidierung seiner Haushalte über eine Reduktion der Investitionen zu beschreiten. Dies gilt in besonderem Maß auch für die Kommunen, auf die mit 56 Prozent mehr als die Hälfte aller staatlichen Bruttoinvestitionen entfällt. Will der Staat das Wachstum stärken, muss er seine eigenen Investitionsbudgets viel mehr ausweiten.

Eine Stimulierung der privaten und öffentlichen Investitionstätigkeit würde auch einen dauerhaften Beitrag zur Lösung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte leisten. Die Stärkung des Potenzialwachstums erhöht die Arbeitsnachfrage der Unternehmen, was im zweiten Schritt auch den Konsum und die Importe beflügelt. Über eine expansive Lohnpolitik ist dies wegen der negativen Beschäftigungseffekte hingegen nicht zu erreichen (Deutsche Bundesbank, 2010d, 35 ff.).

Literatur

- BIBB – Bundesinstitut für Berufsbildung, 2010, Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010, Bonn
- BMF – Bundesministerium der Finanzen, 2010, Solide Finanzen, mehr Wachstum und Beschäftigung, Vorfahrt für Bildung und Forschung, Bundeshaushalt 2011 und Finanzplan bis 2014, Berlin
- Brügelmann, Ralph / Fuest, Winfried / Grömling, Michael / Römer, Christof / Schäfer, Holger, 2004, Chancen für eine nachhaltige Erholung – IW-Konjunkturprognose 2005, in: IW-Trends, 31. Jg., Heft 4, S. 5–21
- Deutsche Bundesbank, 2010a, Internationales und europäisches Umfeld, in: Monatsbericht, August, S. 12–23
- Deutsche Bundesbank, 2010b, Der aktuelle Aufschwung in den USA im Vergleich zu früheren Erholungsphasen, in: Monatsbericht, August, S. 18–19
- Deutsche Bundesbank, 2010c, Geldpolitik und Bankgeschäft, in: Monatsbericht, August, S. 24–38
- Deutsche Bundesbank, 2010d, Zur Problematik makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Raum, in: Monatsbericht, Juli, S. 17–40
- Erdmann, Vera, 2010, Bedroht der Ingenieurmangel das Modell Deutschland?, in: IW-Trends, 37. Jg., Heft 3, S. 3–17
- EZB – Europäische Zentralbank, 2010, Monetäre und finanzielle Entwicklung, in: Monatsbericht, September, S. 19–49

Grömling, Michael / Matthes, Jürgen, 2010, Wachstumsbeiträge auf Branchenebene, in: IW-Trends, 37. Jg., Heft 3, S. 39–55

Hüther, Michael / Jäger-Ambrożewicz, Manfred, 2010, Von der Finanzkrise zur Regulierungsfalle? Die Rolle der Banken als Intermediär, erscheint in: Zeitschrift für Kreditwesen

IWF – Internationaler Währungsfonds, 2010, World Economic Outlook – Update, Juli 2010, Washington D.C.

IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2009a, In der Tiefebene – IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2009, in: IW-Trends, 36. Jg., Heft 2, S. 15–48

IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2009b, Erholung in der Weltwirtschaft nach tiefem Sturz – moderat, aber synchron, IW-Konjunkturprognose Herbst 2009, in: IW-Trends, 36. Jg., Heft 3, S. 51–89

IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2010, Gewohnte Wachstumskräfte gewinnen die Oberhand – IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2010, in: IW-Trends, 37. Jg., Heft 2, S. 19–57

IW-Köln – Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), 2005, Vision Deutschland. Der Wohlstand hat Zukunft, Köln

Lesch, Hagen, 2007, Lohnpolitik, Beschäftigung, Konsum, in: IW-Trends, 34. Jg., Heft 1, S. 31–45

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2010, Erholung setzt sich fort – Risiken bleiben groß, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2010, Kiel

Schäfer, Holger, 2008, Die soziale Grundsicherung in Deutschland, IW-Positionen, Nr. 37, Köln

Weichselberger, Annette, 2010, Westdeutsche Industrie: Nach Investitionseinbruch wieder leichter Anstieg, in: ifo Schnelldienst, Nr. 14, S. 25–30

IW Economic Forecast Autumn 2010

The German economy remains in an upbeat mood. In 2010, real GDP will grow by 3 ¼ percent on average compared to last year. The economy has tentatively returned from crisis to normalcy. As the effects of this turnaround taper off, the growth rate will abate somewhat in 2011 putting it at 2 percent. In 2010 and 2011, expanding domestic demand will contribute to over half of the recovery. Unemployment will sink to 3 million persons or 7 percent of the workforce. Increasing revenue will lower the government deficit from 4 percent of GDP this year to 3 percent in 2011.

IW-Prognose für Deutschland 2010 und 2011

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2009	2010	2011
Entstehung des realen BIP			
Erwerbstätige	0,0	¼	½
Arbeitslosenquoten ¹⁾	8,2	7 ½	7
Arbeitsvolumen	-2,6	1 ½	¾
Produktivität ²⁾	-2,2	1 ¾	1 ¼
BIP	-4,7	3 ¼	2
Verwendung des realen BIP			
Private Konsumausgaben	-0,2	0	1
Konsumausgaben des Staates	2,9	2 ¼	¼
Anlageinvestitionen	-10,1	4 ¾	3
- Ausrüstungen	-22,6	8 ¼	6 ½
- Sonstige Anlagen	5,6	5	5
- Bauten	-1,5	2 ½	¼
Inlandsnachfrage	-1,9	2 ¼	1 ¼
- Export	-14,3	16 ¾	8
- Import	-9,4	15 ½	7
BIP	-4,7	3 ¼	2
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	0,4	1	1 ¼
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo ³⁾	-3,0	-4	-3

1) Registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen.

2) Reales BIP je Erwerbstätigenstunde.

3) In Prozent des nominalen BIP.

Quelle: IW-Herbstprognose (Oktober 2010)